

Deutsches Reich.

Reichstag und Preußenwahlrecht.

Am Freitag also soll endlich der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Einzelstaaten im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Es ist der erste Initiativvorschlag, der im neuen Reichstag zur Beratung gelangt. Die Sozialdemokratie hat dabei als stärkste Fraktion des Hauses den Vortritt. Es ist nur das Rätselische und Selbstverständliche, daß sie bei dieser Gelegenheit jene ihrer Forderungen zu einem Antrag verdichtete, die an den Spuren ihres Aktionsprogramms steht.

Wir besitzen im Deutschen Reich ein Stück Demokratie, scheinbar im allgemeinen Reichstagswahlrecht. Aber die Demokratie ist in Deutschland aller Schöpfverkraft beraubt durch die übertragende Stellung des Bundesrates, der ganz unter dem preußischen Einfluß steht. Darum sieht das Initiativrecht des Reichstags in der Gesetzgebung eigentlich auch nur auf dem Papier, und auch darüber kann sein Zweck sein: Sollte der Reichstag in der Wahlrechtsfrage zu einem positiven Entschluß kommen, so wird dieser zunächst nicht Gesetz werden, weil ihm der Bundesrat die Zustimmung versagen wird.

Darum ist aber der sozialdemokratische Antrag feineswegs überflüssig. Er ist im Gegenteil dringend notwendig. Den Herrschenden in Preußen muß zu Gewalt geführt werden, doch es so wie bisher auf die Dauer nicht geht.

Über die Meinung des deutschen Volkes kann nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen kein Zweifel bestehen. Jene Parteien, die es darauf anlegten, das Zustandekommen eines positiven Reichstagsbeschlusses zu verhindern, würden sich damit als Helfer des preußischen Reaktion entlarven und vor ihren Wählern wortkräftig machen.

Das Zentrum aber, die christliche Partei des Wirtschafts und des Volksvertrags, hat schon einmal einen Wahlrechtsbeschluß des Reichstags verhindert mit der lahmenden Ausrede, daß die Regelung der einzelstaatlichen Wahlsysteme nicht zur Kompetenz des Reichstags gehöre. In Wirklichkeit gibt es keine wie immer geartete Materie, die nicht durch ein Reichsgesetz geregelt werden könnte, sofern dies nur auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen ist. Das hat seinerzeit schon Windhorst anerkannt. Aber wenn es sich darum handelt, das Volk zu presen, dann ist die schwärze Partei um Austritt nie verlegen. Am Landtag vermag sie angeblich nichts, da keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht vorhanden ist; im Reichstag wäre eine solche Mehrheit vorhanden, um sie aber nicht zuhanden kommen zu lassen, schüttet man Kompetenzbedenken vor.

Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag ist ein Alarmruf an die breiten Massen des Volkes. Neue Militärlasten drohen. Die Sozialdemokratie ruft das Volk auf, sich neue Rechte zu gewinnen. Dribben sagt man, die allgemeine Wehrpflicht siehe nur auf dem Papier, man will sie durch Erhöhung der Heeresstärke erst richtig verwirklichen. Aber der allgemeinen Pflicht, dem Vaterlande mit Gut und Blut zu opfern, entspricht das allgemeine Recht, an der Gestaltung der Schicksale des Vaterlandes mitbestimmt teilzunehmen. In Königsberg feiert man das Jahrhundertgedenk der jüngsten Befreiungskriege, die den Beweis erbracht haben, daß das Vaterland nichts ist ohne das Volk und gegen das Volk, daß es nur etwas sein kann durch das Volk und mit dem Volke. Keine als alle Heeresverstärkungen dienen der Sicherheit des Landes die im Bewußtsein des Volkes wurzelnde Überzeugung, daß es gegen den auswärtigen Feind seine Freiheit, sein Selbstbestimmungsrecht verteidigt. Wäge der Reichstag aus, ob er diese Freiheit, dieses Selbstbestimmungsrecht dem Volke nicht vorbehält will. Das fordern die Sozialdemokraten von ihm. Die Welt wartet auf seine Antwort.

Der Teufel in den Berliner Vororten.

Ein Verein ehemaliger Realgymnasialisten zu Neukölln wollte einen Festnachtsball arrangieren, und damit die Geschichte einen einheitlichen Rahmen habe, war die Veranstaltung als Walpurgisnacht geplant. In der Einladung wurde auf diesen Charakter des Festes aufmerksam gemacht und um den Teilnehmern eine Anleitung für die Wahl der Kostüme zu geben, wurde ihnen geraten, daß sie das Antike und die Trachten der Menschen annehmen sollten, die mit dem Teufel in Berührung kämen. Als Motive wurden besonders genannt: Bilder aus Grimms Märchen, Nero, Liberius, Hagen, Faust, Mephisto, Dante u. v.

Aber die junge Gesellschaft, die dem Teufel ein Schnippchen zu schlagen gedachte, hatte die Rechnung ohne die Leute gemacht, denen der Teufel eine toberne Sache ist. Der Gemeinderat von Neukölln trat zusammen und unterzog die Einladung einer eingehenden Besprechung, deren Resultat eine öffentliche Bekanntmachung war, in der es hieß, daß man den Veranstaltern zwar milde Umstände zubilligen könne, da sie sich der Schwere ihres Vergehens wohl nicht bewußt gewesen seien, indessen könne der Gemeinderat nicht untersagen,

sein tiefstes Missfallen und Bedauern über diese Verleugnung des christlichen Anstandes von Seiten der jugendlichen Kreise unserer Bevölkerung öffentlich zum Ausdruck zu bringen, welche in erster Linie einen gewissen Anspruch auf Bildung und öffentlichen Anstand erwarten lassen müssten. Die Mitglieder des Gemeinderatsrates, insbesondere die Geistlichen der Parochie, legten in schmerzlichem Häublik auf ihre früheren Konstituenten unter den Vereinsmitgliedern, geben sich dicer aber der Hoffnung hin, daß durch öffentliche Erinnerung von Seiten unserer Kirchengemeindeverwaltung bewirkt werde, daß unsere liebe Jugend in Zukunft bestrebt sein wird, ihre Freiheit in Grenzen halten, welche das christliche Gewissen der Öffentlichkeit nicht verletzen und beunruhigen.

Damit ist der Teufel in Neukölln wieder in seine alten Ehren eingezogen und die Veranstalter der Walpurgisnacht in dem Berliner Vorort werden daran denken, wie sich vor 100 Jahren in ihrer Nachbarschaft die höllischen Mächte der Aufrührung auch widergesetzt haben. In dem naßlichen Vorbild der Neuköllner Walpurgisnacht erwähnt der Protophantasmist diesen Fall:

„Das Teufelsbad, es fragt nach keiner Regel.“

Wir sind so klug, und dennoch spricht in Tegel. Während so in Neukölln dem Teufel wieder einmal zu dem nötigen Riespell verholfen wurde, ist man ihm in Charlottenburg mit Geschick zu Leibe gegangen. Vorsätzlich hat sich der Völk da hinter den Pfarrer Kraatz ver-

steckt und es war vor Jahr und Tag nur einem Deutnant und einem Hauptmann zu verdanken, daß er nicht die Herzen der Militärvoldaten belästigte. Die liegen die Musketiere, deren Seelenbeil ihnen anbertraut war, die Kirche räumen, als Heelzebus den Pfarrer Kraatz bestimmte, sich über den Ball Tatho anders auszusprechen, als es dem Oberchristenrat genehm war. Selbiger Kraatz ist aber leider noch immer im Amt und was schlimmer ist, er wollte am Geburtstag des Kaisers den in der Lüdenskirche üblichen Spezialgottesdienst für die Beamten (Schuhleute, Feuerwehrleute usw.) halten. Aber siehe da, als er die Kirche zur festgefeierten Stunde betritt, ist sie leer. Der Polizeipräsident von Charlottenburg hatte rechtzeitig Nachricht von der ungedeckten Gefahr erhalten, die den Schuhleuten und Feuerwehrleuten drohte. Die Beamten wurden in eine andere Kirche kommandiert, und der Teufel hatte das Nachsehen, er soll unter Verbreitung eines gewaltigen Schwefelgestanks die Lüdenskirche verlassen haben.

Die Steuerangst der Agrarier.

Die Herren Junker werden in diesem Jahre bei den zahlreichen Feiern zur Erinnerung an die sogenannten Befreiungskriege im Jahre 1813 so manchesmal in schwungvollen Reden von ihrer Freiheit erzählen. Gut und Blut fürs Vaterland zu opfern. Aber das wird sie nicht abhalten, sich freu und quer zu legen, damit sie um Gottes willen nicht irgendwie erheblich fürs Vaterland bleiben müssen.

Wie groß die Abneigung der junckerlichen Staatsältern gegen die Hingabe von „Gut“ fürs liebe Vaterland ist, zeigen wieder einmal recht deutlich Auflösungen, die die Deutsche Tageszeitung zur Frage Heeresverstärkung und Kostenredaktion macht. Nachdem das Blatt dem Bündnis Ausdruck gegeben, die Reichsregierung solle womöglich schon eine Einigung zwischen den nationalen Parteien herbeiführen, ehe die Angelegenheit den Reichstag formell und tatsächlich beschäftigt, schreibt es:

Die Entscheidung darüber, was überflüssig sei, wird in jetzt Hinsicht der Heeresverstärkung überlassen werden müssen. Die Verantwortung kann ihr, wie die Dinge liegen, der Reichstag nicht abnehmen. Was die Bedeutungfrage anlangt, so will die geplante Beschleunigung allein, mag sie aussiehen wie sie will, die Kosten nicht aufzubringen vermögen. Sollten neue Steuern erforderlich sein, so müßten sie den Kreisen auferlegt werden, die kräftig und leistungsfähig genug sind, neue Lasten zu tragen. Wie haben keine Regierung und Veranlassung, etwa unerträglich neue Steuern zu führen und zu empfehlen. Das ist Sache der maßgebenden Stellen im Reiche, beruhend auf den Vorberatungen über die neuen Unfallversicherungsvorschriften.

Das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherungen“ gab Gelegenheit zu einer Aussprache über die Denkschrift, die die Regierung über die Abonnementsverhütung vorgelegt hat. Genoss Taubadel sprach sein Erstaunen aus über die auffallende Schlussfolgerung der Regierung darüber, daß die Abonnementsverhütung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Er deutete dem gegenüber, daß die Denkschrift ihn von der Notwendigkeit eines Einschreitens noch mehr überzeugt habe. Dieser Aufsichtung schloß sich der Zentrumsredner Dr. Marceau an, während der Nationalliberaler Dr. Junck sich mehr der Regierungsaufschauung näherte, die von dem Ministerialdirektor Gaspar zu begründen versucht wurde.

Gleichliche Festlegung der Matrikularkosten. Eine Ratsversammlung meldet: Im Bundesrat sind von einzigen Bundesstaaten Anträge eingegangen, die sich auf eine gesetzliche Festlegung der Matrikularkosten für einen Zeitraum von fünf Jahren beziehen. Da am 1. April 1915 der Termin abläuft, innerhalb dessen die Matrikularkosten auf 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung in den Bundesstaaten festgesetzt sind, gewinnt die Frage zur Zeit ein besonderes Interesse. Bisler ist lediglich eine Vereinbarung über die Höhe der Matrikularkosten unter den Bundesregierungen seit der Finanzreform getroffen worden, der ein gesetzlicher Charakter nicht innehat.

Kein Schub der Dissidentenkinder gegen Religionszwang. Nach längeren Debatten, die mehrere Sitzungen ausgefüllt hatten, kam die Unterrichtskommission des Dreikönigshauses am Mittwoch zur Entscheidung über den Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, der einen Zugang auf Dissidentenkinder, am Religionsunterricht teilzunehmen, gesetzlich auszudehnen wollte. Unter Sohnern hatten dazu den Antrag gestellt, die Ausbildung nicht für die Höfsschule einzuführen, sondern ihn auch auf die höheren Schulen auszudehnen. Zunächst wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Dann fiel ein konfessioneller Antrag, der die Befreiung vom Religionsunterricht abhängig machen wollte von dem Vorhandensein eines angemessenen Religionsunterrichts, und schließlich wurde der von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern noch etwas umgewandelte Antrag Schiffer mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Strafgefange als Landarbeiter. Graf Nebenföhr, einer der schleswig-holsteinischen Regierungschefs, schlägt, daß Niemühlen-West im Kreis Stormarn vorüber machen zu lassen. Da der Wunsch seines Parteifreundes, des schleswig-holsteinischen Grafen von Ranau, es möchten chinesische Kulis als Landarbeiter eingeführt werden, noch nicht verwirklicht ist, nimmt Graf v. Nebenföhr Strafgefange als Landarbeiter an. Sie werden ihm durch die Kieler Siedlungsgenossenschaft, die wegen Siedlung von Gefangenen mit der Justizverwaltung einen Vertrag abgeschlossen hat, zur Verfügung gestellt. Ist das nicht der beste Beweis, wie wahr die Behauptung der Agrarier ist, daß sie sich so sehr um das Wohl der heimischen Landarbeiter sorgen?

Ein politischer Prozeß in den Reichsländern. Staatssekretär Zorn v. Bülow hat gegen den verantwortlichen Nebenleiter des vom Reichskriegsabgeordneten Metzler herausgegebenen Blatt „Nouvelles d'Alsace Lorraine“ Strafantrag gestellt. Auf den Rat der Taglichen Rundschau, der Abg. Metzler möge seinen Wohlbefinden ganz nach Frankreich verlegen, batte das Organ Weiterbildungswünsche, man könne gerade so gut gewissen anderen Personen sagen, sie möchten in Deutschland bleiben und dann hingegen nicht mehr in Frankreich leben. Sie lehnen dorthin zurück, aber erst dann lehnen sie zurück, die Schlaumeier, wenn sie mit einer guten fetten Pension ausgerüstet werden, die ihnen der elsässisch-lothringische Steuerzahler bereitet, dieser gute Kerl.“

Wilhelm II. muß sehr mangelhaft Berater haben, wenn er glaubt, daß das deutsche Volk „zur Überenahme weiterer verbindlicher Opfer freudig bereit“ ist. Wer ist in diesem Falle überhaupt „das Volk“? Es zerfällt auch in der vom Kaiser angelittenen Frage in zwei Lager: Die Kapitalistensklasse darüber und die breiten Massen des arbeitenden Volkes darunter. Die Letzteren glauben, für Kanonen und Panzerfäuste wirklich genug gepflegt zu haben, und die Erstern hatten bis heute für solche Opfer immer nur eine stramm-patriotische Gesinnung, aber nie ein patriotisches Portemonnaie übrig.

Welches Volk meint der Kaiser nun eigentlich?

Die ruhmvolle deutsche Sozialpolitik. Jeder Tag der Spezialbebatte des Staats des Innern bringt neues Material zur Illustration des ungähnlich mißbrauchten Schlagwortes von der glänzenden deutschen Sozialpolitik. Welches Gedicht auch behandelt wird — immer wieder zeigen sich die Klitschändigkeit und trostlose Unholzlosigkeit dieser mit den größten und schönsten Verbindungen eingeleiteten Gesetzgebung. „Wir haben gar keinen Grund, uns anderen Ländern gegenüberzustellen“, sagte gestern mit boiger Berechtigung Genosse Köstlin und er zitierte als witzlich überzeugenden und unüberleglichen Beweis das

Beispiel Englands, das 280 Millionen Mark jährlich für seine Versicherungen ausgibt, in zwei Jahren also so viel bezahlt haben wird, wie Deutschland in 18 Jahren!

Das Reichsversicherungsamt gelangte gestern zweit zur Besprechung. Körsten, der eben dazu von unserer Seite sprach, konnte aus den reichen Erfahrungen, die er als Gewerkschaftssekretär gesammelt hat, wichtiges und lebendiges Material vorbringen. Er wandte sich vor allem dagegen, daß der Bundesrat viel zu wenig Gebrauch macht von der Ermächtigung, auch die Berufskontrollen zu den Betriebsumfällen zu rechnen, und daß eine schadlosen Praxis eingesetzt ist. Sehr interessant waren auch seine Angaben über die meistwürdig segensreichen Wirkungen der Reichsversicherungsordnung, die es ermöglicht hat, daß beispielsweise die Landesversicherungsanstalt Berlin 53 000 M. an Witwen und Waisen in demselben Jahre ausgezahlt hat, in dem sie 737 000 M. erwartete, die sonst an die Witwen gezahlt worden wären. Einige christliche Gewerkschaftssekretäre, die heute der Reihe nach ausmarschierten, lehnten, wie es sich für sie gehört, dieses „abfällige Urteil“ ab, mußten aber doch gegen eine Reihe von Schädigungen Einspruch einlegen, von denen die Genossen Taubadel und Sachse nochwiesen, daß sie gerade dem Volkmittel Zentrum zu verdanken sind. Genoss Taubadel, der die Kritik unseres ersten Redners noch ergänzte, protestierte vor allem gegen die Aufspeicherung großer Vermögen durch die Landesversicherungsanstalten, während der eigentliche Zweck sozialen Gesetzgebungs unerfüllt bleibt. Über die Verhältnisse im Baumgewerbe sprach Genoss Silberschmid, der die unerhört geringe Zahl von Revisionen — mit 9 bei 21 000 Betrieben und 250 000 Beschäftigten — mit aller Einschließlich rügte. Er regte die Schaffung eines Fonds zur Entschädigung für Erfüller auf dem Gebiet der Unfallhöhungstechnik an und verlangte schließlich sowohl die Anstellung von Baufontionelleuren aus dem Arbeitervorstand wie auch die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei den Vorberatungen über die neuen Unfallversicherungsvorschriften.

Das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherungen“ gab Gelegenheit zu einer Aussprache über die Denkschrift, die die Regierung über die Abonnementsverhütung vorgelegt hat. Genoss Taubadel sprach sein Erstaunen aus über die auffallende Schlussfolgerung der Regierung darüber, daß die Abonnementsverhütung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Er deutete dem gegenüber, daß die Denkschrift ihn von der Notwendigkeit eines Einschreitens noch mehr überzeugt habe. Dieser Aufsichtung schloß sich der Zentrumsredner Dr. Marceau an, während der Nationalliberaler Dr. Junck sich mehr der Regierungsaufschauung näherte, die von dem Ministerialdirektor Gaspar zu begründen versucht wurde.

Gleichliche Festlegung der Matrikularkosten. Eine Ratsversammlung meldet: Im Bundesrat sind von einzigen Bundesstaaten Anträge eingegangen, die sich auf eine gesetzliche Festlegung der Matrikularkosten für einen Zeitraum von fünf Jahren beziehen. Da am 1. April 1915 der Termin abläuft, innerhalb dessen die Matrikularkosten auf 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung in den Bundesstaaten festgesetzt sind, gewinnt die Frage zur Zeit ein besonderes Interesse. Bisler ist lediglich eine Vereinbarung über die Höhe der Matrikularkosten unter den Bundesregierungen seit der Finanzreform getroffen worden, der ein gesetzlicher Charakter nicht innehat.

Kein Schub der Dissidentenkinder gegen Religionszwang. Nach längeren Debatten, die mehrere Sitzungen ausgefüllt hatten, kam die Unterrichtskommission des Dreikönigshauses am Mittwoch zur Entscheidung über den Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, der einen Zugang auf Dissidentenkinder, am Religionsunterricht teilzunehmen, gesetzlich auszudehnen wollte. Unter Sohnern hatten dazu den Antrag gestellt, die Ausbildung nicht für die Höfsschule einzuführen, sondern ihn auch auf die höheren Schulen auszudehnen. Zunächst wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Dann fiel ein konfessioneller Antrag, der die Befreiung vom Religionsunterricht abhängig machen wollte von dem Vorhandensein eines angemessenen Religionsunterrichts, und schließlich wurde der von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern noch etwas umgewandelte Antrag Schiffer mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Strafgefange als Landarbeiter. Graf Nebenföhr, einer der schleswig-holsteinischen Regierungschefs, schlägt, daß Niemühlen-West im Kreis Stormarn vorüber machen zu lassen. Da der Wunsch seines Parteifreundes, des schleswig-holsteinischen Grafen von Ranau, es möchten chinesische Kulis als Landarbeiter eingeführt werden, noch nicht verwirklicht ist, nimmt Graf v. Nebenföhr Strafgefange als Landarbeiter an. Sie werden ihm durch die Kieler Siedlungsgenossenschaft, die wegen Siedlung von Gefangenen mit der Justizverwaltung einen Vertrag abgeschlossen hat, zur Verfügung gestellt. Ist das nicht der beste Beweis, wie wahr die Behauptung der Agrarier ist, daß sie sich so sehr um das Wohl der heimischen Landarbeiter sorgen?

Ein politischer Prozeß in den Reichsländern. Staatssekretär Zorn v. Bülow hat gegen den verantwortlichen Nebenleiter des vom Reichskriegsabgeordneten Metzler herausgegebenen Blatt „Nouvelles d'Alsace Lorraine“ Strafantrag gestellt. Auf den Rat der Taglichen Rundschau, der Abg. Metzler möge seinen Wohlbefinden ganz nach Frankreich verlegen, batte das Organ Weiterbildungswünsche, man könne gerade so gut gewissen anderen Personen sagen, sie möchten in Deutschland bleiben und dann hingegen nicht mehr in Frankreich leben. Sie lehnen dorthin zurück, aber erst dann lehnen sie zurück, die Schlaumeier, wenn sie mit einer guten fetten Pension ausgerüstet werden, die ihnen der elsässisch-lothringische Steuerzahler bereitet, dieser gute Kerl.“

Ausland.

Holland.

Ein Attentat gegen das allgemeine Wahlrecht. Rotterdam, 5. Februar. Von der Regierung ist eine Reform des Wahlrechts vorgelegt. Sie schlägt eine Änderung des § 80 der Verfassung folgenden Inhalts vor: Die Mitglieder der Zweiten Kammer werden von dem männlichen Söhnenjenseit, die Niederländer sind das Alter von 25 Jahren erreicht haben und Haupt einer Familie sind, aber, ohne Familienheupt zu sein, als wirtschaftlich selbständige Personen auftreten, direkt gewählt. Das Wahlrecht wird die näheren Bestimmungen bringen. Für Militärs unter dem Range eines Offiziers wird das Wahlrecht für die Zeit suspendiert, wo sie unter den Waffen stehen. Vom Wahlrecht ausgeschlossen werden die vom Gericht verurteilten Personen, Irren und aus der Armenfamilie stammende Personen.

Das gegenwärtige Wahlrecht ist direkt für alle 25 Jahre offen Holländer.

Russland.

Die Reihen der politischen Gefangenen in Russland. Petersburg, 5. Februar. Bei allen Gefangennahmen über die Streuvel in den russischen Gefangenlager unterrichtet die Regierung

prosse in der Regel, die Anschuldigungen seien unwahr, und bei den amtlichen Revisionen wird dann auch oft durch Einschätzungen und sonstige Beweismittel erreicht, daß einzelne Gefangene, der umgedrehten Flucht der Kavallerie ausgesetzt, die Anschuldigungen nicht immer aufrecht erhalten. Nun hat der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Genosse Tschelidse von einem hochstehenden Regierungsbeamten ein Schreiben bekommen, in dem die gewannten Zustände in den sogenannten Katorzgefangnissen, das heißt den Gefangenissen für Häftlinge, die zur Zwangsarbeit verurteilt sind, geschildert werden. Diesem Schreiben sind Briefe von Gefangenen beigelegt, für deren Richtigkeit der genannte Regierungsbeamte die Verantwortung übernimmt. Wie es in den sibirischen Katorzgefangnissen aussieht, geht aus dem Brief eines politischen Gefangenen vom Dezember vorherigen Jahres hervor, den wir nachgehend in Aussätzen wiedergeben:

"Nach dem Hungerstreik, der 13 Tage dauerte und am 31. Dezember endete, wurden die politischen Gefangenen in die Ziegelzellen gesperrt. Die Drogungen mit einer gründlichen Abrechnung waren durch den Hungerstreik hinausgeschoben worden, und so lebten wir dann bis zum 20. November, in strenger Isolation, ohne jegliche Kontaktmöglichkeit. Am 20. November wurde ein Genosse in den Dunkelzellen gebracht, weil er auf das 'Du' des Direktors Kowalew nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

Am 22. Januar kam es im Käfig der Gouvernementsgefängnis zu einem Kampf zwischen den politischen Gefangenen und der Geheimadministration. Zahlreiche Gefangene sind in den Käfigen geprägt worden. Die übrigen politischen Gefangenen haben den Hungerstreik begonnen.

Im Katorzgefangnis zu Saratow hat ein Wachposten, nach einer Meldung vom 2. Februar, auf einen Gefangenen, der durch einen Schuß, einen Schuh abgerissen und ihm verunreinigt. Diese Meldungen aus den Gefangenissen bloß für die letzten Tage. Sie aus Petersburg gemeldet wird, hat die sozialdemokratische Dumafraktion eine umfangreiche Interpretation über die Ereignisse in den Gefangenissen in der Duma eingebrochen.

Der Kampf um Adrianopol.

Konstantinopel, 5. Februar. Wie amtlich gemeldet wird, bat der Kommandant von Adrianopol gestern abend 7½ Uhr einziges Telegramm gefordert: Die Feinde bombardieren die Stadt. 188 Granaten und 11 Schrapnells sind in die Stadt gefallen. 94 Einwohner wurden getötet und zehn verletzt; 53 Häuser sind in Brand geraten. Das Bombardement dauert an.

Wien, 5. Februar. Die Neue Freie Presse meldet aus Sofia: Das Bombardement von Adrianopol dauerte die ganze Nacht vom Dienstag auf Mittwoch in allen Richtungen des Belagerungsgürtels. Die Bulgaren nahmen das Dorf Panakli, wo die Belagerungstruppen einen Ausfall verhinderten, aber sich in die Festung zurückziehen mußten. Auf die heute tagüber ununterbrochene Kanone erwiderten die Hörts fast gar nicht. Von Rustapowa Psache sieht man den Brano, in Adrianopol, heute nachts die erste Linie der Bulgaren in Galipoli vor und nahm einige minder wichtige Positionen. Bei Tschaudja herrscht Ruhe.

Sofia, 5. Februar. Ein Telegramm aus Demotza besagt, daß seitens der Bulgaren das Bombardement von Adrianopol mit großer Energie fortgesetzt werde. Die Belagereten beantworten das Geschützfeuer jedoch nur schwach.

Die Lage in Adrianopol.

Paris, 5. Februar. Das Journal meldet aus Belgrad: Aus den Erfahrungen der östlichen Deserteure, die aus Adrianopol flüchten, geht her vor, daß an die Mannschaften der Garnison nur noch 150 bis 175 Gramm Brot täglich verteilt werden. Seit vielen Tagen besteht das Essen der Soldaten aus Suppe, etwas Mehl und Böle, Fleisch fehlt gänzlich. Auch diese Rationen werden nur in geringem Maße verteilt. Diese kreppierten kochfähig vor Hunger. Seit zehn Tagen bekommen sie nur noch etwas Mais zu fressen. Seit einem Monat ist Petroleum und Zwiebel vollständig ausgetrocknet. Man befürchtet eine Revolution der Bevölkerung. Der moralische Zustand der Truppen hat sehr gelitten, worauf auch die große Zahl der Deserteure hindeutet. Nicht einmal für die Kranken kann ausreichend gesorgt werden, da es an dem Nötigsten fehlt. Der Kommandant Schefter Pascha tut alles, um den Mut der Truppen zu erhalten. Er befiehlt sie förmlich, und auch die Offiziere sind auf das eisigste bemüht, durch Versprechungen die Stimmung zu heben.

Aufforderung zur Übergabe Adrianopels.

Sofia, 5. Februar. Das Bombardement von Adrianopol ist nach hier vorliegenden Berichten vorläufig eingestellt. Der bulgarische Oberkommandierende gab der Festung 24 Stunden Zeit zur Übergabe. Falls die Festung in der ihr gesetzten Frist sich zur Übergabe nicht entschlossen haben sollte, so würde das Bombardement von neuem begonnen werden. Die Bulgaren sollen einige wichtige türkische Positionen erobern haben.

Zweierlei Meldungen über die Kämpfe bei Gallipoli.

Konstantinopel, 5. Februar. Heute früh erspann sich zwischen zwei bulgarischen Regimenter und türkischen Truppen bei Gallipoli eine Kämpfer. Über dessen Ausgang liege auf der Halbinsel Gallipoli ein Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. Das türkische Kavallerieboot Jethas hat die bulgarischen Stellungen bei Mylosit am Marmarameer bombardiert. Es sollen dabei 300 Bulgaren getötet worden sein. — Der Großfürst wird überzeugen von Tschaudja nach Konstantinopel zurückkehren.

Sofia, 5. Februar. Der Geschützmann von Adrianopol, momentlich auf der südlichen Front, daueret an. Ein unbestätigtes Gerücht will wissen, daß sich gestern tausend Mann türkischer Infanterie ergeben hätten. Auch auf Gallipoli gehen die Bulgaren erfolgreich vor. Sie sollen die nur schwachen Widerstan-

leistenden türkischen Truppen zehn Kilometer weit verdrängt haben. Über Räume in den Tschaudjastellungen sind bisher keine Kämpfe eingetreten. Dagegen wird hier behauptet, daß unter den dortigen türkischen Truppen Meuter herrsche und daß bereits 500 Mann in den Kämpfen gefallen seien.

Türkische Wahlkündigung.

Konstantinopel, 5. Februar. Unter den Offizieren an der Tschaudjastellung herrscht lediglich Wohlmeinung, weil die Regierung denjenigen Teil Adrianopels abtreten will, der die Besitzungen enthält. Es gilt fortgesetzt als ausgeschlossen, daß die Pforte die jünglich Adrianopels weitergehende Ansprüchen machen kann. Die muslimischen Kreise heden hervor, daß, nachdem in Bagdad und Thagran gegen 100 000 unschuldige Muselmanen in barbarischer Weise hingeschlachtet worden sind, kein Rücke seine Unterschrift unter ein Friedensprotokoll setzen dürfe, das die Abtretung einer Stadt enthält, deren 30 000 Muselmanen den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmachen. Der politische und finanzielle Kontakt, dem die Räte durch die europäischen Großmächte ausgesetzt sind, siegt den Nationalismus. Die Räte wird ausgegeben, keinen Rücke mehr gehend in Aussätzen wiedergeben:

"Nach dem Hungerstreik, der 13 Tage dauerte und am 31. De-

zember endete, wurden die politischen Gefangenen in die Ziegelzellen gesperrt. Die Drogungen mit einer gründlichen Abrechnung waren durch den Hungerstreik hinausgeschoben worden, und so lebten wir dann bis zum 20. November, in strenger Isolation, ohne jegliche Kontaktmöglichkeit. Am 20. November wurde ein Genosse in den Dunkelzellen gebracht, weil er auf das 'Du'

(des Direktors Kowalew) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kowalew) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene nach der Execution gestorben. ... In Agatschi sind die Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen worden: Am 8. Oktober wurde Brodkoff für einen Tag geschüttigt. Er leistete Widerstand, aber ohne Erfolg; er nahm nicht zu sich aber auch erfolglos; man hat ihn in eine Zwangsjade gestellt, und noch heute windet er sich darin in hoffnungslosen Qualen. 7 Gefangene haben versucht, sich die Adern aufzuschneiden und zu vergiften. Den politischen Gefangenen hat man die Matratzen weggenommen, und der Direktor Kialaschko hat die sozialdemokratischen Gefangenen durch folgende Mittel niedergeworfen: ... Unter Blasko II. daß wir dem Tod ruhig ins Auge schauen. Vorläufig halten wir uns noch, was weiter sein wird, wissen wir nicht. ... Alle Executionen werden nur deshalb vorgenommen, weil die Ausführer und Gefangenen sind in 'disziplinierte' Katorzgefangnisse verwandelt wollen. Vielleicht werden die Mitglieder der Reichsduma uns helfen. Wendet euch an sie..."

... (des Direktors Kialaschko) nicht geantwortet hatte. Die anderen Gefangenen erklärt sich mit dem Bestrafen solidarisch und wurden gleichfalls in den Käfigen gesperrt. Insgesamt mussten wir 22 Tage ohne Speise und 17 Tage in starker Körperhaft sitzen. Im Käfig betrug die Temperatur 5 Grad. Einmal von uns erkannt ein Rheumatisches und kann sich kaum fortbewegen. Einmal vergaßt sich, wurde aber gerettet. Nach dem Hungerstreik bedurfte wie ärztlicher Hilfe, der Arzt kam aber nicht. Er kam am 11. Tage erheblich wie Müdig, Frost und Fieber. ... In Katorzmar sind 6 Gefangene

Donnerstag den 6. Februar 1913

Dresdner Volkszeitung

Seite 4

Sozialdemokratischer Verein
für den 6. Wahlkreis

Bezirk Leuben

Öffentl. politische Versammlungen

Stetzsch

Donnerstag den 6. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
im Lindenhof in

Striesen

Freitag den 7. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
in Hammers Hotel in

Leutewitz

Sonnabend den 8. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
im Gasthof in

Schmiedeberg

Sonntag den 9. Februar, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$, Uhr
in Börners Restaurant in

Rabenau

Montag den 10. Februar, abends 8 Uhr
im Amtshof in

Niedergorbitz

Dienstag den 11. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
im Gasth. z. alten Dessauer in

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Referentin: Frau Elisabeth Röhl, Berlin.

Frauen und Mädchen! Es scheint massenhaft in diesen wichtigen Versammlungen. Die Frau muss teilnehmen am politischen Kampfe. Sie muss mitsiegen den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Die Einberuferin: S. Kurt, Dresden, Kronprinzenstraße 46.

4. Wahlkreis.

Freitag den 7. Februar 1913, abends 9 Uhr im
Saale von Stadt Leipzig, Leipziger Straße

Große Volks - Versammlung

Tages-Ordnung:

Das Scheitern der Schulreform und die
volksfeindlichen Parteien des Landtages.

Referent: Landtagsabgeordneter Robert Wirth.

Debatte.

Zahlreiche Beteiligung an dieser wichtigen Versammlung erwartet.

Der Einberufer: Julius Eggert, Leipziger Platz 5, 3.

Öffentliche politische Versammlung.

Soziald. Verein Dresden - Altst.

Freitag den 7. Februar, abends 9 Uhr
im großen Saale des Volkshauses:

Kreis-Versammlung

Vortrag:

Aktuelles aus dem Stadtvorordneten-Gesegnum

Referent: Genosse Hugo Krämer.

Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung ist gedacht als gegenseitige Aufsprache; es sind besonders hierzu auch alle sozialdemokratischen Stadtvorordneten eingeladen.

Kino Leuben-Laubegast

ausgeführt für diese gesetzige Saison.

Die Direktion.

E. Scharigs Restaurant.
14 Städtestraße 14.
Großer Mittagstisch.
Preis: 745. Goldmark.
Kaffee-Lokal der Kaufleute.

Freitag den 28. Februar 1913 im Gasthof zu Leuben

Theater-Aufführung

Zur Aufführung kommt: Der Biberpelz. Komödie von Gerh. Hauptmann.

Karten sind bei den Beitragssässerern zu entnehmen.

Naundorf - Zitzschewig!

Die Genossen werben hiermit auf die am 8. Februar
im Börner's Gasthof, Gaststube (Nebenzimmer) stattfindende

Gruppen-Versammlung

mit Vortrag besonders hingewiesen und wird zahlreicher Besuch erwartet.

Sozialdem. Verein für den 6. Kreis

Ortsverein: Bölkowstr. 4, gegenüber
dem "Goldenen Löwen".

Gebühren: Montagabend 8-1 Uhr
und 8-9 Uhr. Dienstag ab 7 Uhr.
Montag: Kurs-Dress. Nr. 774.

Potschappel und Umgegend.

Sonnabend den 8. Februar, abends 9 Uhr. Wichtige
Mitglieder-Versammlung im Hause in Potschappel.

Die Tagessordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Genossinnen und Genossen werden dringend erucht,

zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Radeberg u. U.

Sonnabend den 8. Februar 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr
im Restaurant Deutsche Eiche, Höherstraße

Öffentl. Versammlung

für Kutscher, Markthelfer u. Packer.

Die Tagessordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Radeberg u. Umg.

Hähnel.

Volksbildungsverein Radeberg u. Umg.

Sonntag den 9. Februar 1913, im Saale des Schützenhauses

Humoristischer Abend

ausgeführt von der Gesellschaft Strzelewicz.

Nach den Vorträgen ein Tänzerchen. — Eintritt 30 Pf. — Sanierung 6 Uhr. — End. Punkt 7 Uhr.

Karten sind bei den Unterlassierern und in den bekannten Stellen zu haben.

Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bez. Radebeul u. Umg.

Sonntag den 9. Februar 1913

Faschings-Vergnügen

in den „Fier Jahreszeiten“, Radebeul.

Auftreten der rühmlichst bekannten Bobes Humoristen- u. Sänger-Gesellschaft.

Nach den Vorträgen Ball mit Kotillon.

Eintritt 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 8 Uhr.

Karten à 30 Pf. für Mitglieder und ihre Angehörigen sind im Bureau, Dresdenstraße 82,

und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Die Verwaltung.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Zahlstelle Dresden.

Sonnabend den 8. Februar im den „Münzenfalen“, Blumenstraße

Fastnachts-Vergnügen.

Humorist. Gesangsvorläufe und Großer Ball mit Kotillon.

Auftreten der berühmten Herren-Gesellschaft Strzelewicz.

Eintritt 1,7 Uhr. Preis der Eintrittskarte 20 Pf. Anfang 1,8 Uhr.

Der zahlreiche Beteiligung sieht

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für den sozialdemokratischen Zeit:

DR. S. KURT, Dresden-Ehrenfeld.

Besonderheit für den Unterlassier:

Winterschule Cotta, Dresden.

Stand und Werdeg: Raben & Röhl, Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Um das Erbbaurecht.

Seit zwei Jahren besteht in Chemnitz eine Allgemeine Genossenschaft, die, hervorgegangen aus der Gartenstadtgenossenschaft, sich sehr gut entwickelt hat. Die Gartenstadtgenossenschaft wurde durch die Unfähigkeit der bürgerlichen Herren, die die Verwaltung bildeten und keinen Arbeitnehmer wollten, zur Liquidation getrieben, nachdem über 100 Mitglieder aus dem Arbeiterstande ihre Kläidigung eingerichtet hatten. Die Allgemeine Baugenossenschaft besteht aus organisierten Arbeitern. Sie schaffte sich zunächst eine gute finanzielle Grundlage und will nun an die praktische Arbeit gehen. Da soll die Kommune zu einem kleinen Teile mithelfen, weil sie ein großes Interesse daran haben muss, daß die Miserie des Chemnitzer Wohnungselends nicht verewigt wird, das gefestigt wird durch Überfüllung der Wohnräume, durch unzureichendes Schlafgängerwohnung, durch hohe Kranken- (Lungenfrose) Ziffern und den hohen Prozentsatz der Kindersterblichkeit.

Seit Frühjahr vorigen Jahres steht der Vorstand der Genossenschaft mit dem Stadtrat wegen Abschlusses eines Erbbaurechts in Verbindung; im November hat der Gesamtverein gründlich seine Zustimmung gegeben, nachdem er eine weitere Berücksichtigung vorgenommen hatte. Ideal ist der Inhalt des Vertrages nicht. Die Stadt hat sich nach allen Anträgen gestellt, so daß eigentlich die Genossenschaft wenig Bemegungsfreiheit bleibt. Einen besseren Vertrag zu erhalten ist aber gewöhnlich nicht möglich, da das in der Haupstadt von Mittelständlern regierte Stadtverordnetenkollegium ihn ablehnen würde, wenn nur irgend eine Bestimmung darauf hindeutete, daß die Stadt der Genossenschaft Vorteile irgendwelcher Art bietet. Angriffsflächen dieser Art wurden also bei Formulierung des Vertragseintrags vermieden.

Nachdem die Ratsvorlage den Stadtverordneten zugegangen war, tauchten auf der Sesselwarte des Amtsblattes und der Allgemeinen Zeitung "Mehrere Bürger" mit einem Entgegnung auf. Darin wurde das Erbbaurecht als ein fremdes Gewöhnungsrecht und auf das Streben der Bodenreformer und Sozialdemokraten (1) geschimpft und grauhaft gemacht. Der Behauptung, daß das Erbbaurecht eben gleichbedeutend sei mit dem Beginn der Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden. Ohne Schwieren mit dem einen Kapitel geht es bei den Leuten eben nicht ab; sie wollen ja am besten wissen, wen sie damit schaufen machen wollen.

In der Volksstimme wurde den anonymen Herren die Sabotage gelagert und auch die Bodenreformer rührten sich. Dann wurden die Herren "Mehrere Bürger" ruhig.

Jetzt stellt sich heraus, wer die Herren waren und sind. Die Volksstimme hatte recht, als sie schrieb, die "Mehrere Bürger" würden sich nicht weit vom Vorstande des Hausbesitzervereins befinden. Die anlässliche Stadtverordneten, Wallath, Springer, Wiener (der antisemitische Landtagsabgeordnete) und andere Grünen des Hausbesitzervereins wenden sich eben in einem Schreiben an die anderen Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums mit der Bitte, dem Erbbaurecht der Stadt mit der Allgemeinen Baugenossenschaft die Zustimmung zu verleihen. In dem Schreiben steht auch das Eingeforderte der "Mehrere Bürger" mit auf! Den alten Lügen, die bereits als solche vor aller Öffentlichkeit aufgestellt worden sind, fügt das Schreiben noch neue zu. In der nächsten Sitzung der Stadtverordneten kommt der Entwurf zur Verhandlung; da dürften interessante Debatten zu erwarten sein.

Ein Wahlrechtskampf.

In Leipzig sind jetzt Bestrebungen im Gange, das bestehende Dreiklassenwahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen zu reformieren, zum Teil in der Absicht, die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter noch mehr zu reduzieren. In diesen Gangungen schreibt die Leipziger Volkszeitung unter anderem:

„In den nächsten Wochen wird sich in Leipzig der Kampf um das Stadtverordnetenwahlrecht abspielen, wobei entschieden wird, ob das seit 18 Jahren bestehende Dreiklassenwahlrecht auch noch fernher bestehen oder ob es gar noch revidiert, oder ob ein fortgeschrittenes Wahlrecht geöffnet werden soll. Für alle drei Möglichkeiten sind Vorschläge im Gange. Die "Liberalen" wollen, wie ihre Vorschläge, das Wahlrecht wie im Jahre 1884 verhindern, indem sie ein vierklassiges Wahlrecht mit allen möglichen Rauten fordern, nur um den Einfluß der Sozialdemokratie zu verringern; die Hausgratier wollen das bestehende Wahlrecht beibehalten, weil sie damit eine fast unmenschliche Machtposition im Stadtverordneten- und Ratskollegium erreicht haben und bei einer Änderung des Wahlrechts eine Verringerung ihrer Machtposition fürchten. Ihre Vorschläge der Liberalen wird scheinbar gegen das Hausbesitzerprivileg angelaufen und dessen Einschränkung oder Verringerung gefordert; wie sich die Liberalen in der Kürze dazu stellen, ist abzuwarten. Endlich ist auch die sozialdemokratische Partei nunmehr geworden und hat gestern eine Vorschlag an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet, worin das allgemeine Wahlrecht unter Auswendung der Verhältniswahl fordert. Nun kommen heute abend die Bürgerschaften in die Zwischenphase. Einer der bürgerlichen Vertreter muß die Vorschlag dieser bürgerlichen Partei doch zur Feindin machen, sonst gäbe es im Bürgertum weiteren Strafel. Geschieht dies mit, so wird sie wahrscheinlich von sozialdemokratischer Seite zur Feindin gemacht werden. Endlich ist noch vom sozialdemokratischen Wahlverein "nationaler" Arbeiter und Angestellten eine Vorschlag an das Kollegium gerichtet worden, wonin die treuen Freibürokraten der Unternehmer nichts mehr und nichts weniger wünschen, als daß ihnen Sitz auf Kosten der Sozialdemokratie eingeräumt werden. Auch dieser Vorschlag ist noch vom deutschen Stellnerbund, vom Deutschen Nationalen Handlungsbüroverband, vom Evangelischen Arbeiterverein, vom Genfer Verband, vom katholischen Arbeiterverein und vom Verbund deutscher Handlungsbürokraten eine gleichlautende Vorschlag wie des sozialdemokratischen Wahlvereins eingereicht worden, womit diese Verbände aufs neue ihre politische Tätigkeit offenbaren. In dieser Vorschlag drohen die "nationalen" Arbeiter den bürgerlichen Parteien mit dem Abfall und mit dem Übertritt zur Sozialdemokratie, wenn sie ihnen nicht Rednung tragen.“

Läßt man den häuslichen Kreis der Bürgerlichen Hoffnungen auf sich beruhen, und wendet sich der Wahlergebnis an, die Entscheidung über die Reform oder den Rücktritt in den nächsten drei oder höchstens vier Wochen entschieden wird, so ist an der Zeit, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft

auf den Plan tritt und in allgemeiner Weise mit aller Kraft für den Fortschritt wirkt. Das Stadtrat in Leipzig fordert die Arbeiterschaft ununterbrochen zum Widerstand heraus, nicht nur durch die schwere Belastung auf finanziellem Gebiet, sondern vor allem wegen der sozialpolitischen Flüchtigkeit. Während unbedenklich Kündigungsschreie für private und patriotische Zwecke hinausgeworfen werden, ist für die wichtigsten gesellschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben kein Geld da. Die Stadtverwaltung muß unbedingt einen anderen Stand bekommen. Die Wehrheit der jetzt ausgehalste Arbeiterschaftserziehung muß Einfuß erlangen; das kann sie nur, wenn sie jetzt gemeinschaftlich den Kampf gegen die alten Gewalten aufnimmt und sich den maßgebenden Einfluß auf das Stadtverordnetenkollegium erkämpft. Es wird keine Kampfe geben, denn gewillig weichen die Gewalten nicht, wissen sie doch, welchen Ruhm sie vom Stadtrat haben.

Gewerbelammer-Weitheit.

Auf einer außerordentlichen Zusammenkunft der sächsischen Gewerbelämtern, die in Plauen tagte, beschäftigte man sich auch mit der Frage des Bezuges von frischem Fleisch und lebendem Vieh durch die Gemeindeverwaltungen. Es wurde ausgeführt, daß diese Maßnahme eine schwere Schädigung des Fleischergewerbes zur Folge habe. Um aber die nachteiligen Wirkungen der jetzt herrschenden Fleischsteuerung auf die Volkswohlfahrt und das Fleischergewerbe zu bekämpfen, bat die Gewerbelammarkonferenz beschlossen, beim Reichstag und der sächsischen Landesregierung zu beantragen, daß die Gemeinden und gemeinnützigen Unternehmungen zugelassenen Fleischvergüstungen und -Sollerteuerungen auch dem Fleischergewerbe in gleicher Weise gewährt werden und daß vor allem darauf hinzuwirken ist, daß von dem Bezug frischen Fleisches abgesehen und nur auf den Bezug von Vieh, und zwar gemeinschaftlich durch die Gemeinden und das Fleischergewerbe, zugestimmt wird. Sodann sprach die Konferenz noch dahin aus, daß die Forderung, für die Wiederholung eine gesetzliche Pflicht zur Buchführung einzuführen, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Kleingewerbe zunächst abzulehnen ist, insbesondere mit Rücksicht auf die Folgen, die für die in Frage kommenden Gewerbetreibenden bei einer etwaigen Konkurrenzsetzung entstehen können. Gleichwohl aber erachtete es die Konferenz aus erzieherischen Gründen für zweckmäßig, die Einführung der Buchführung im Kleingewerbe anzustreben, und aus diesem Grunde dahin zu wirken, daß der Unterricht in Buchführung als Pflichtgegenstand des Fortbildungsschulunterrichts eingeführt wird.

Sowohl die Fleischseinfuhr in Betracht kommt, ignorieren die Gewerbelämtern die tatsächlichen Verhältnisse völlig. Die Untersuchungen haben bereits ergeben, daß jetzt nur durch die Zukunft ausländischen Geflügelsetzen der Fleischnot abgeholfen werden kann. Wenn die Gewerbelämtern die Einführung von Fleisch unterbinden wollen, würden sie damit den einzigen Weg versperren, der zur Wilberung der Fleischnot führen könnte. Von den Gewerbelämmern ist ja nichts anderes zu erwarten. Sie haben auch hier mit nach den Profiten der Fleischer, aber nicht nach der Gefährdung der Volkswohlfahrt durch den Fleischmangel gefragt.

Über den Witterungsverlauf im Jahre 1912 hat die sächsische Landeswetterwarte auf Grund der Beobachtungen an 18 Stationen einen Bericht erlassen, dem wir folgendes entnehmen:

Das Jahr 1912 zeigte in meteorologischer Hinsicht einen sehr wechselnden Verlauf. Der Januar war durchschnittlich $1^{\circ}5$ zu kalt, der Februar um 3° , der März sogar um $3^{\circ}5$ zu warm, der Wärmeüberschuss von $1^{\circ}5$ im Juli wurde durch den gleichen Februar im August wieder ausgetilgt, der September blieb um nahezu $4^{\circ}5$ winterlich seinem Normalwert zurück und der Dezember übertraf den Februar um mehr als $3^{\circ}5$. Dadurch ergab sich im Jahresmittel der Temperatur aus den 18 Stationen nur noch eine geringe positive Abweichung von $0^{\circ}2$. Im einzelnen lagen die Mitteltemperaturen dieses Jahres zwischen $3^{\circ}9$ (Dresden, Leipzig) und $4^{\circ}2$ (Reichenhain) und waren $1^{\circ}1$ (Plauen) zu hoch bis $0^{\circ}6$ (Reichenhain) zu tief gegen ihre Normalwerte.

Der kälteste Monat war der Januar mit einem durchschnittlichen Mittelpunkt von $-5^{\circ}1$, doch trat die tiefste Temperatur d. T. erst am 4. Februar mit $-29^{\circ}9$ in Reichenhain ein. Am wärtesten verlief im Durchschnitt der Juli mit $17^{\circ}8$ im Mittel, der auch der einzige Monat war, in welchem im Maximum 80° übertrafen wurden; der Höchstbetrag stellte sich am 28. Juli mit $82^{\circ}3$ in Leipzig ein.

Den heiteren Monaten Juli, Oktober und Dezember, deren mittlere Bewölkung durchschnittlich 9 Proz. bis 15 Proz. unter der normalen zurückließ, standen der kalte August und September mit einer um 10 Proz. und 17 Proz. zu dichten Bewölkung gegenüber; im Jahresmittel glichen sich die Unterschiede in den einzelnen Monaten vollständig aus. Die geringste mittlere Bewölkung hatten Annaberg und Altenberg mit 60 Proz. oder 8 Proz. zu wenig, während Freiberg und Schneeberg mit 74 Proz. bis 80 Proz. oder 9 Proz. bis 15 Proz. zu viel.

Die Sonne schien in Dresden an 302 Tagen nur 1349 Stunden oder 30 Proz. der möglichen Zeit gegen 1530 Stunden im Mittel 1900/12 und 1788 Stunden im Jahre 1912; es ist dies die geringste Sonnenhöhe in siebenjährigem Zeitraum.

Die 180 (Leipzig) bis 218 (Schneeberg) Tage mit mehbararem Niederschlag ergaben deshalb von 820 (Zittau) bis 1148 Millimeter (Reichenhain) und waren nur in Plauen und Zittau um 11 bis 22 Millimeter zu niedrig gegen den vielseitigen Durchschnitt, im übrigen bis zu 324 Millimeter (Schneeberg) zu hoch. Unter den einzelnen Monaten zeichneten sich vor allem der Juni und August durch bedeutende Niederschläge aus, welche bis zum doppelten und mehr der normalen Mengen betrugen, während der Juli und Oktober nur 70 Proz. ihres Normalwertes brachten. Die größten Niederschläge wurden mit 78 Millimeter in Zittau und 105 Millimeter in Annaberg am 25. Juni gemessen.

Der niedrigste Niederschlag gelangte in Bautzen nur 23 Millimeter oder 3 Proz. des Gesamnniederschlages zur Ressung, in Altenberg 224 Millimeter oder 30 Proz. des letzteren; Schneeberg fand an 19 (Bautzen) bis 77 (Reichenhain) Tagen statt. In Leipzig traf 66 mal Niederschlag ein, in Reichenhain 189 mal, Zittau hatte nur an 9 Tagen Niederschlag, dagegen 27 Tage mit fernem Gewittern. Schneeberg wurde an 20 Tagen von Gewittern über Ost betroffen. Dresden und Zittau melbten 2 mal Regenfall, Freiberg an 8 Tagen.

Die mittleren Niederschlagsmengen in den 8 Hauptabfließgebieten nach Millimeter oder lqm nebst den in Klammern mit (+/-) beschrifteten Überflüssen gegen die Normalwerte betrugen im Jahre 1912:

Weiße Elster 774 (+ 108) Elsterzuflüsse 948 (+ 289)
Werdauer Elster 1007 (+ 261) Elbe i. Sa. 704 (- 169)
Elbe 1098 (- 286) Röhrn. Zuflüsse 778 (+ 188)
Freiberger u. der einzige Flüsse 920 (+ 245) Lausitzer Flüsse 801 (+ 161)

Bandschwelle 570 (+ 197)

Chemnitz. Der Gemeindebeamter Friedrich Paul Götz

i.e. im Wittenberghand bei Chemnitz wurde vor dem Landgericht beschuldigt: 1. als Gemeindebeamter eine Beschleierung

vollzogen zu haben unter Widerholtstellung gesetzlicher Vorschriften; 2. eine Tatsache falsch bestimmt und 3. eine Urkunde vorläufig vernichtet zu haben. Das sind schwere Vorwürfe, die einem Beamten gemacht werden. Götzler ist auch vorläufig von seinem Amt suspendiert worden. Die Grundlage der Anklage ist aber äußerst harmlos und eigentlich ist Götzler nur einer kleinen Verfehlung und seiner Gutmüthe wegen zu der Anklage gekommen. Folgendes war der Sachstand. Am 28. Dezember 1911 beschloß ein Glasergehilfe, der in Chemnitz wohnte, bei G. sein Aufgebot mit seiner in Wittenberghand wohnenden Braut. Am 27. Januar 1912 kam das Brautpaar zu G., der auch Standesbeamter war, um die Scheidung vollziehen zu lassen. Da bemerkte G., daß die Aufgebotspapiere nicht vorhanden waren. Da der Bräutigam in Chemnitz wohnte, mußte das Aufgebot auch in Chemnitz veröffentlich werden. G. war der Meinung, daß er die Papiere zum Zwecke der Veröffentlichung auch vorläufig geschickt habe. Er bemerkte nun dem Brautpaar, daß er die Eheschließung wegen fehlender Papiere nicht vornehmen könne. Darüber waren das Brautpaar und auch die Eltern und Zeugen natürlich sehr erschrocken, da alles für die Eheschließung vorbereitet war. Götzler geladen und Anschaffungen gemacht worden waren. Sie baten, doch die Eheschließung vorzunehmen. Schließlich schrieb G. ein neues Aufgebot und bemerkte darin, daß auch der Bräutigam in Wittenberghand wohne. Dieser war mittlerweise noch dort verzeugt, aber zur Zeit des Aufgebotes hatte er noch in Chemnitz gewohnt. G. nahm also die Eheschließung vor. Später fand er die vermischten Aufgebotspapiere wieder. Diese betrachtete er nun. Hätte nun nicht ein entlassener Schuhmacher den Gemeindebeamter wegen der Sache benutzt, wäre wohl nichts geschehen; nun aber mußte das Verfahren eingeleitet werden. Das Chemnitzer Landgericht erkannte an, daß G. nicht aus unrechtmäßigen Motiven gehandelt habe, mußte ihn aber nach den Buchstaben des Gesetzes verurteilen, da tatsächlich drei Straftaten vorlagen. G. erkannte auf sechs Wochen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe.

Zwickau. Der Rat hat bei dem Reg. Ministerium des Innern darum nachgefragt, bis auf weiteres möglichst 100 Rentner russisches Schweinefleisch einführen zu dürfen, das dann in städtischer Regie an die ältere Bevölkerung verteilt werden soll. Die erste Sendung ist in wenigen Tagen verkauft gewesen.

Geher. Über die bereits gemeldete Stilllegung des Jimbergwerks wird noch folgendes mitgeteilt:

Mit Anfang dieser Woche ist der Betrieb im hiesigen Jimbergwerk Geversberg, das bisher 120 Bergleute und 10 Beamte beschäftigte, eingestellt worden. Die bis jetzt zum Ausbau des Werkes aufgewendete Summe soll über 11, Millionen Mark betragen. Das im Frühjahr 1902 angefangene Werk entwickelte sich zu einem der bestangelegten Werke. Die modernen Grasmashinen fanden in ihm Anwendung, ebenso fanden in der Jimberg die neuesten Errungenheiten auf diesem Gebiete zur Anwendung. Leider konnte sich das Werk auf die Dauer nicht halten, da die Ausbeute nicht lohnte. Jimberg und Wolfratshausen waren die beiden Erze, die in vorwiegender Menge gefördert wurden. Beim Abbau wurde zwar Rohrz in genügender Quantität aufgeschlossen, es war aber nicht hochprozentig genug an Hinn, um einen lohnenden Betrieb aufrecht zu erhalten. Beim Wolfratshausen ist derzeit ebenfalls Fall. Nach der Tiefe zu ist eine Zunahme des Gehalts dieses Metalls zwar wahrzunehmen, doch scheint der Abbau ebenfalls nicht lohnend, zumal das Scheiden von Hinn nicht ganz einwandfrei vorgenommen und deshalb kein reines Metall gefördert werden kann. Vorläufig wird das Werk noch aus den Tiefen gehoben werden, um bei einer eventuellen weiteren Ausnützung der Schächte den Betrieb sofort wieder aufzunehmen zu können.

Der Blieger Wienziers vor dem Leipziger Geschworen.

Die Zeugenvernehmung wurde beendet. Die geforderte Verhandlung wurde eingeleitet durch eine Erklärung Wienziers. Er habe sich keine Frau nicht gestohlen, sondern er habe sie unter den Augen der Eltern gestohlen und sei sogar gewissermaßen protestiert worden. Als die Differenzen begannen, habe er seiner Braut ihr Wort zurückgegeben, sie aber habe gebeten, sie nicht im Erdb zu lassen. Dietrich Edwin habe ihm nichts gelegt, bei den Differenzen nachgegeben, denn der Kommerzienrat habe doch die Macht in der Hand. Darauf habe er geantwortet: Stamps bis aufs Messer! Denn nicht er, sondern die Firma habe den Werktag gebrochen. Während der weiteren Verhandlung wurden die einzelnen Anklagepunkte nochmals eingehend durchgesprochen und sodann die Verhandlung auf Donnerstag fortgesetzt. Bis zum Abend werden die Blaibohrs beginnen. Das Urteil ist erst am Nachmittag zu erwarten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einigen Gegenden des Landes sind Überschwemmungen eingetreten. Der Plauener Bürgermeister meldet aus Gottlieuba: Durch den plötzlichen Wettersturz führt die Gottlieuba bedeutende Wassermengen, die gegen Mittag noch zunahmen. Mit der vereinigten Elbe wird die Wasseraufzehrung für die Elbe sehr groß sein. Der seit einigen Tagen in Elsterwerda vermisste 60-jährige Thüringer Louis wurde im Schleifer Stadtwalde mit verunreinigtem Wasser aufgefunden; er verstarb bald darauf im Krankenhaus. Der betrauerte Mann hatte sich in schwierigstem Zustande aus seiner Wohnung entfernt, und man hatte zunächst vorsichtig nach ihm gesucht. — Wegen Bergsees gegen das Rauschhügel wurde der Spülensabrikant A. G. Reichenbach aus Oelsnitz vom Landgericht Plauen zu 600 Gulden oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte für eine Pariser Firma unberichtigterweise fremde Mutter nachgezahlt. — Der „Wundermann“ der sächsischen Lausitz, auch weit darüber hinaus bekannt, der 70 Jahre alte Schmied und Grumbüchschmiede August Tautz in Caminau bei Königswartha, hatte sich wegen Steuerunterziehung vor der 1. Staatskammer des Landgerichts Bautzen zu verantworten. Er wurde für schuldig befunden, das Vermögen seines Vermadagens nicht richtig angezeigt und versteuert zu haben. Tautz wurde zu 2000 Mark Strafe verurteilt. — Die fünfzehnjährige Frieda Mettig, die in Weißeritz bei ihren Eltern wohnte, ließ sich in der Nacht zum Dienstag vom Glauchau-Gerter Juge überprüfen. Der Schädel wurde völlig zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Durch vor Strafe wegen verübtem Heimkommen dachte das Mädchen zur Tat getrieben haben.

Stadt-Chronik.

Das häßliche Groß-Dresden.

Die Einverleibungsbestrebungen der Stadt Dresden sind schon wiederholt Gegenstand lebhafter Diskussionen geworden. Die beiden Dresdner Umlandgemeinden scheinen aus nobelgelegenen Gründen die Dresdner Einverleibungspläne nicht gerade förmlich zu wollen. Denn für die Bezirksteile bringt es nicht zu verharmlose Gewaltbefreiungen, wenn die Ge-

meinden der Umgebung Dresdens eine nach der andern ausscheiden, weil sie Dresden angelassen werden. Wir haben wiederholt aus den Bezirksausschüssen und Beiräten über derartige Erörterungen berichtet. Auf der anderen Seite muss jedoch zugegeben werden, dass die wirtschaftlichen und öffentlichen Interessen Dresdens und der umliegenden Gemeinden vielfach identisch sind und aus diesem Grunde eine einheitliche Gemeindeverwaltung zweckmäßig erscheint. Besonders die in der Umgebung der Stadt liegenden großen Werke drängten und drängen zur Einverleibung, in erster Linie die Straßenbahnverhältnisse. Loschwitz wurde eindeutig hauptsächlich wegen des Wasserwerks und des Stromnetzwerks, Radebeul wegen der Gasanstalt. In Loschwitz und Radebeul liegen ebenfalls Dresdner Wasserwerke und die jetzt städtische Drahtseilbahn, im besten möchte die Stadt gern größeren Einfluss auf das Gemeinde-Elektrotransitwerk Elbtal in Cossebaude haben, da sie nach der Einverleibung mit Cotta daran lebhaft interessiert ist.

Man darf sich nach alledem nicht wundern, wenn neuerdings wieder Einverleibungsgeüste Dresden bewirkt werden, obwohl erst vor kurzer Zeit versichert wurde, dass vorläufig bis auf weiteres Schluss mit den Einverleibungen kein Platz ist. Man kann Briesnitz und Lehnitz angeln will, das meldeten wir kürzlich schon. Jetzt berichteten die Dresdner Nachrichten nach Informationen, die offenbar vom Rathaus kommen, folgendes: Tatsache ist, dass der Rat zu Dresden nach einer am 8. August vorigen Jahres bei der Amtshauptmannschaft Dresden-II eingegangenen Mitteilung wieder Einverleibungsverhandlungen mit der Gemeinde Dobritz angeknüpft hat. Ebenso soll der Anschluss von Briesnitz und Lehnitz in absehbarer Zeit bevorstehen.

Auch die Eingemeindung von Loschwitz scheint wieder stärker ins Auge gefasst zu sein. Man erinnere sich nur daran, dass ein Stück dieser Gemeinde, der sogenannte Simmighofe Ortsteil, der das Gebiet auf der rechten Seite der Augustusstraße, ein Stück fiskalischen Besitzes, die Radebeul- und Radebeuler Straße hinunter bis zur Elbe und Schloss Albrechtsberg umfasst, bereits „aus Zweckmäßigkeitgründen“ an das Wasserwerksgesellschafts- und Konkurrenzamt der Stadt Dresden angegeschlossen ist. Gehen wir auf das linke Ufer der Elbe, so sehen wir auch in Niederlößnitz das Bestreben, durch den Ankauf betriebstechnischer Etablissemens den Boden für eine spätere Einverleibung vorzubereiten. Besonders hat dort die Stadt Dresden die Anlagen der Thüringischen Gasgesellschaft in Leipzig erworben und beabsichtigt die Gasanstalt in Niederlößnitz samt der Zweiganstalt in Böhlau am 1. April dieses Jahres in eigene Verwaltung zu nehmen. Mit Ober- und Niederlößnitz werden ebenfalls Vorbesprechungen gepflogen. Tatsache ist ferner, dass gegenwärtig eine Enquete in einer ganzen Reihe von Ortschaften um Dresden unternommen wird, durch die man ihren Standpunkt in der Eingemeindungsfrage klarstellen will. Sie soll den Boden für die Gründung eines großen Industrieviertels, der Dresden und zahlreiche umliegende Gemeinden umfasst, vorbereiten. Es deutet alles darauf hin, dass hier ein überaus großzügiges Projekt im Werden begriffen ist nach dem Muster von Groß-Berlin. Dem Vernehmen nach wird es sich um eine Zusammensetzung von 44 Gemeinden handeln. Die äußeren Grenzen dieses Groß-Dresden würden in groben Zügen etwa folgende Ortschaften bilden: Loschwitz, Kleinlößnitz, Niederlößnitz, Radebeul, Cossebaude, Oederwitz, Cossebaude, Kötzschenbroda, Rähnitz, Hellerau, Klohsche, Böhlau, Weißig. — Die Entwicklung der Stadt Dresden im ganzen, der Bevölkerungszuwachs und im Zusammenhang damit die fortgesetzte Erweiterung städtischer und privatindustrieller Anlagen ergeben den Wunsch, sich für spätere Zeiten Neuland zu sichern. Dazu gehört in erster Linie die Ausstellung eines einheitlichen Bebauungsplanes. Für die Gemeinden bietet ein solcher Zweckverband nicht geringere Vorteile. Die Einwohnerzahl eines Vororts hat im großen und ganzen dieselben Bedürfnisse wie die der Großstadt, kann aber die Bedürfnisse dieser Bedürfnisse in vollem Umfang von ihrer Gemeinde gewöhnlich nicht erlangen, da dadurch der Gemeindeetat zu sehr belastet würde. Eine Mehrzahl von Schultern ist aber instande, ein gleiches Mehr von Lasten zu tragen. Der Anschluss an das Dresdner Schleusensystem würde den Vororten mit verhältnismäßig geringen Kosten eine einwandfreie Beschaffung der Abwasser ermöglichen. Ein derartiges Generalentwässerungsanlagenprojekt soll sich bereits in Bearbeitung befinden. Der Zusammenschluss oder gemeinsame Erwerb bzw. Neubau von Gas-, Wasser- und Elektrotransitwerken dürfte den in mancher Gemeinde bisher noch unrentablen Betrieb günstig beeinflussen. Man denkt ferner an ein einheitliches Vorgehen im Bau und Betrieb der Straßenbahnen; die bisherigen verschiedenen Gleisführungen würden vereinheitlicht und damit ein geradezu idealer Straßenbahnenverkehr geschaffen werden.

Die Entwicklung der Verhältnisse drängt zweifellos auf eine derartige Lösung. Es wird aber noch viel Wasser die Elbe hinunterfließen, ehe es soweit kommt. Und was wird dann nun mit Blasewitz? Werden die meiste aus bestehenden bestehenden Einwohner dieses Ortes entlich ihre egoistische Eigenbrädelei aufgeben? Eine „Landgemeinde“ in den Nauern der Großstadt Dresden — das ist doch ein unglaublicher Zustand! Wir schwärmen gewiss nicht für Preßmittel. Den Blasewitzern gegenüber wären sie aber wirklich angebracht.

Nessentielle Anpreisung von Heilmitteln.

Nach § 3 der sächsischen Ministerialverordnung vom 14. Juli 1903 ist die öffentliche Ankündigung von Vorschriften, Methoden, Mitteln usw., die zur Heilung von Krankheiten bei Menschen und Tieren dienen, verboten, wenn darin dem Gegenstande eine über seinen wahren Wert hinausgehende Wirkung beigelegt oder wenn durch die Art der Anprüfung das Publikum belästigt wird. Am April 1912 erschien in einem Leipziger Blatte folgendes Inserat: „Für Leipzig neu und bedeutsam! Bei Aufgratsverkrummungen verwenden man die berühmten Haas-Apparate! Glänzende Erfolge! Man verlange gratis-Aufführung des Prospektes von dem Orléopädischen Institut in Dresden, Steubenstraße. Dem Inserat waren zwei Abbildungen beigefügt, von denen die eine ein Kind, nahezu mit verkrümmtm Rücken, und die andere ein Kind mit angelegtem Apparat zeigte. Auf Grund der Ministerialverordnung wurde gegen den Dresden Zillialleiter der Firma H. Wenzel, die die Haaschen Apparate vertreibt, eine Strafverfügung erlassen. Vom Schöffengericht wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen, auf Berufung der Staatsanwaltschaft in zweiter Instanz aber verurteilt. Das Landgericht erbrachte in dem Inserat und seiner Überschrift selbst zwar keine Anprisung im Sinne der Verordnung, ver-

trat aber den Standpunkt, dass eine solche Ankündigung mittelbar durch den Hinweis auf den Prospekt, der jedem auf Verlangen zugänglich werde, stattgefunden habe. Die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten, die Bekennung des Verriffs der öffentlichen Ankündigung im Sinne der Verordnung rügte, hatte Erfolg. Das Oberlandesgericht hat das angesuchte Urteil aufgehoben und den Angeklagten kostenlos freigesprochen. Nach den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz enthalte das Inserat an sich keinen Verstoß gegen die Verordnung, ein solcher werde vielmehr nur gefunden in dem Hinweis auf den Prospekt des Angeklagten in dem Inserat und wiederum in dessen Inhalt, jedoch auch nur in ganz befrüchtetem Umfang. Nach Ansicht des Senats liege aber eine öffentliche Ankündigung nicht vor, auch nicht eine mittelbare, weil der Inhalt des Inserats keinen Schluss auf den Inhalt des Prospektes zulasse. Der Prospekt aber werde nur auf besonderes Verlangen an Privatpersonen versandt, deshalb könne in dem Inserat eine öffentliche Ankündigung nicht gefunden werden.

Lehrstellen im Gärtnerberuf.

Das Lehrlingswesen in der Gärtnerei entbehrt noch durchgängig einer zeitgemäßen Regelung. Es bestehen darin schwere Mißstände, und die Lage über ungenügend und schlecht ausgebildetes Personal entbehrt leider nicht der Verachtung. Die Einstellung und Beschäftigung von Lehrlingen erfolgen in der Regel unter dem Hauptgesichtswinkel, an den jungen Leuten, eine billige Arbeitskraft zu haben. Alle von einsichtigen Prinzipien dagegen bisher eingesetzten Bemühungen, eine Gesundung des Zustandes herbeizuführen, sind in allgemeinen erfolglos geblieben. — Die Gärtnerei stellt an ihre Angehörigen hohe Anforderungen. Botanik und angewandte Naturwissenschaften verlangen geistige Frische und Regelmässigkeit. Die täglichen Beobachtungen und Erfahrungen gehen dahin, und die Krankenkassenstatistik bestätigt es, dass die meisten Krankheits- und Todesfälle der Gärtner auf Erfältungs-krankheiten zurückzuführen sind. Nach den Zahlen der amtlichen Gärtnerstatistik vom 2. Mai 1906 haben bis zum 30. Lebensjahr bereits zwei Fünftel der Gärtner ihren Beruf wieder aufgegeben, weil die Möglichkeit, in diesem einen eigenen Haushalt zu gründen, gar zu gering ist. Nach der gleichen Statistik befinden sich noch 70 vom Hundert aller Gärtnergehilfen beim Unternehmer in Logis und zumeist auch in Hoy. Die Löhne stehen in allgemeinen noch auf einer Stufe, die eine Haushaltsgründung nicht erlaubt. In den herrschaftlichen Gärtnerstellen werden ebenfalls mit Vorliebe Ledige oder aber Verheiratete ohne Kinder beschäftigt. Eltern und Vormünder, deren Pflegebefehlungen die Gärtner erlernen sollen oder wollen, haben darum alle Gründe, die ausgebildeten Lehrstellen reichlich zu prüfen, ob diese auch wirklich für eine zeitgemäße Berufsfestigkeit Gemahnen oder ob sie zu den zahlreichen jener Lehrstellen gehören, in denen die jungen Menschenfinden um eine wirkliche Berufsbildung betrogen werden. Winke und Ratschläge, wie man sich dagegen schützen kann, erteilt der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein (Sig Berlin) den Eltern und Vormündern auf Wunsch gern. Man wende sich an die Ortsvorstände oder an den Generalvorstand.

„Pfadfinder“-Unzug.

Man schreibt uns: Wer am Sonntagabend von Hellerau heimwärts wanderte, der glaubte im Mittelalter oder in Albanien zu leben; denn plötzlich stürzte im Halbdunkel ein Trupp Pfadfinder hinter einem Gebüsch hervor. Mit lautem Schallhorn durften sie gegen harmlose Spaziergänger, die Beile drohend durch die Luft schwingen. Es ist als man ernstere Schritte unternommen, ergriffen die Burschen die Flucht. Durch Zufall bekamen wir die Angreifer später noch einmal zu Gesicht und stellten sie zur Rechte. Das Publikum, das sich dabei anansiedelte, machte in erbitterten Worten seinem Unmut Luft. Alle meinten, es sei zu verwunderlich, dass zu solchen Zwecken Staat und Behörden noch immer reichlich Mittel zur Verfügung stellen.

Wieder ein Beispiel, wie die bürgerliche Jugendberziehung aussieht.

Angriffe auf Hellerau.

Man schreibt uns: In der Waldsiedlung in Hellerau lagte eine vom Verein Bürgerschaft Hellerau einberufene öffentliche Versammlung, die sehr zahlreich von Frauen und Männern besucht war. Die Versammlung nahm Mitteilungen über den Stand der Hellerauer Volksschulfrage entgegen und beschäftigte sich dann mit dem Angriff, der kürzlich in einem anonymen Eingeland der Dresdner Rundschau gegen die Hellerauer Wohnungen gerichtet wurde. Der Angriff wurde eingehend beleuchtet, scharf gekennzeichnet und in seinen einzelnen Punkten widerlegt. Die Debatte — der öffentlich eingeladene Einzender meldete sich nicht zum Vortrag — besagte, dem Einzender mangelt es an ausreichender Kenntnis der Verhältnisse Helleraus, er stelle unrichtig dar, verschwiege wesentliche Momente, mache die Baugenossenschaft verantwortlich für Dinge, die er selbst verschuldet habe, und verallgemeinere seine Vorwürfe obendrein. Er habe sich in Hellerau nicht genügend eingesetzt, doch ihm der Unterschied zwischen dem Wohnen in der Großstadt und in einem ländlichen Gemeinschaften wie der Gartenstadt klar gemacht wäre, und er vergesse, dass Hellerau ein Gemeinschaften ist, das in der Entwicklung steht, also noch nicht in allen Teilen fertig sein könnte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Erklärung an, die im einzelnen die kleinen Klagen und großen Vorwürfe abweist und richtigstellt. Zwei Punkte der Erklärung, die besondere Interesse finden dürfen, betreffen den Interimsvertrag und die Gas- und Wasserpreise. Sie besagen, die Einwohnerchaft findet es durchaus begründet, dass die Genossenschaft bis zur endgültigen Feststellung der Herstellungskosten des Hauses — wenn das Mietverhältnis vor dieser Feststellung beginnt — einen vorläufigen Vertrag abschließt. Denn der endgültig festgelegte Mietzins sollte nur durch Bezahlung der Generalversammlung erhöht werden. — Die verhältnismäßig hohen Gas- und Wasserpreise bedauert natürlich die gesamte Einwohnerchaft. Sie hofft aber, dass sie sich in absehbarer Zeit erniedrigen werden. Einzstellen kann die Baugenossenschaft nur einen mittleren Pauschalpreis für Wasser in den Vertrag einstellen und muss bei Überrechnung der zugrundegelegten Wassermenge eine Nachzahlung fordern, die dem hohen, von der Nachbargemeinde Klosterfelde festgesetzten Einheitspreis entspricht.

Aus dem Fenster stürzte sich heute Donnerstag früh aus dem zweiten Stock eines Hauses in der Leipziger Straße ein 17 Jahre altes Dienstmädchen. Schwerverletzt wurde das Mädchen nach dem Krankenhaus gebracht. Sowohl vor als während der gerichtlichen Strafe soll das Motiv der Tat sein,

Unfälle. Auf der Augsburger Straße hatte sich in sechs Jahre alte Knabe B. an den Anhängerketten eines Straßenbahnzuges der Linie 22 gehängt und bei voller Fahrt losgelassen. Der Knabe kam so unglücklich zu Falle, dass ihm die linke Unterarm abgefahren wurde. — Auf der Hamburger Straße wurde, als sich der Karnevalszug in Bewegung setzte, der Schulknabe Walter Günther aus Briesnitz von einer anderen Knaben so heftig gestoßen, dass er hinfürzte und der Sanitätsarzt Dr. Wolf gebracht, der innere Blutungen feststellte und die Überführung nach dem Krankenhaus anordnete.

Juwelen-Diebstahl. Vor einigen Tagen ist einem Kaufmann in München, Nürnberg oder Würzburg ein Posten kleiner Brillanten — etwa 1500 bis 2000 Stück — abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden. Die Steine wiegen 110 Karat und repräsentieren etwa 9000 M. Wert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Brillanten auch in dieser Gasse zum Verkauf angeboten werden. Der Eigentümer hat für die Wiederbeschaffung 500 M. Belohnung ausgesetzt.

Stenographie. Zu den Unterrichtsfürsten des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes, System Krebs, können sich noch Teilnehmer melden: Freitag den 7. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Sonntag den 9. Februar, vormitto 10 Uhr, im Restaurant Stielmannsberg, Löbtau, Thorvaldsenstraße 84. Dienstag den 11. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im Ratskeller, Alt-Löbtau. Unterrichtsdauer circa 10 Wochen. Kosten des Unterrichts einschließlich der Lehrmittel 2 M. Priesterlicher Unterricht wird erzielt gegen Entlastung der Kosten für Lehrmittel und Vorlesungen durch die Bezirksleitung. Adresse: P. Schütze, Dresden-II, Hühnerdorfer Straße 7, 1.

Raufmannsgericht.

Die Provisionsreisenden Gebrüder Wessels und Fritz Krause waren bei der Firma Walter Seitz u. Comp. — einem Abzähleramt — mit dem Kassieren der Abzählungskarten und dem Sammeln neuer Aufträge beschäftigt. Neben der Vergütung der Aufträge befahlen sie nur Provision. Sie verlangen jetzt 26,15 M. fällige Provision und Ausfertigung eines Reisescheines. Die Befragte bezeichnet diese Forderungen als unverhältnismäßig und glaubt ihrerseits Forderungen an die Käfer zu haben, die diese fiktiven Aufträge gebracht und auf betrügerische Weise den Kunden Waren aufgedrägt hätten. Sie hat deshalb auch gegen die Käfer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Das Weis ist der Meinung, dass die Käfer überhaupt nicht als Handelsgehilfen, sondern als Händler anzusehen sind. Es erklärt hinzu, dass sie für sachlich unzulänglich sind.

Gegen die Firma Zigarettfabrik Lahti macht der Käfer Hering noch eine Provisionsforderung von 50 M. geltend. Hierzu entfolgt auf eine Uhr, die die Befragte dem Käfer erneut bestätigt. Die Firma Hering fordert daher 25 M. Gehaltsentschädigung. Die Befragte bringt alle erdenklichen Gründe vor für die Belegerung, die Gehaltsentschädigung zu zahlen. Sie und der Käferin bereits mehr gezahlt haben, als sie durch Quittungen nachweisen kann, will auch das Dienstverhältnis in der Weise geändert haben, dass nur 40 M. Monatsgehalt zu zahlen wären. Schließlich gibt sich die Käferin vergleichsweise mit 180 M. zufrieden.

Wegen mangelhafter Buchführung beansprucht die Malsfakturierer Hirt vom Kaufmann Empfahl 144 M. als Schadenersatz. Die Soße wurde schon einmal verhandelt und bei Gericht erklärte sie für offiziell unzulänglich, da sich die Niederlassung des Käfers in Kleinlößnitz befindet. Deshalb wurde dann die Soße vor das Amtsgericht Wien gebracht. Hier liegt noch kein Entcheidung über die Zuständigkeit vor. Die Käfer wird deshalb wegen Rechtsunsicherheit und örtlicher Unzulänglichkeit abwiesen. Vorsitzender: Stadtkämmerer Dr. Günther. Präsident: Karl Anton Hemmel und Kaufmann Dr. Kunzau. Angeklagter: Prokurist Reitz und Verkäufer Högl.

Ans der Umgebung.

Plauenscher Grund. Der Konfirmanden-Klausurenverein im Plauenschen Grunde, der in allen Schichten der hierigen Bevölkerung weit verbreitet ist, zahlt die Spargelder vom 10. bis 20. Februar aus. Die Mitglieder können die Spargelder an genannten Tagen von 8—12 und 1—7 Uhr gegen Rückgabe der Quittungsbücher beim Kaufmann Thomalla in Pötschappel abheben.

Dörritz, (Gemeinderatsbericht). Als zweiter Gemeindältester wurde Baumwolle Hözel mit 8 Stimmen gewählt. Sägemühlebauer Johne erhielt zwei Stimmen. In den Schulbezirken wurden gewählt: Gemeindevorstand Hegewald, Gemeindelältester Dämmchen und die Vertreter der Unabhängigen Richter und Klebg. Da bei diesen Wahlen die Unabhängigen eine Vertretung im Schulvorstand nicht erhielten, trat Herr Klebg zurück und wurde dann unser Genosse in den Schulvorstand gewählt. Bei den Wahlen zu den Ausschüssen wurden die zwei Vertreter der Unabhängigen zu allen wichtigen Ausschüssen hinzugezogen. — 18 Ausnahmetage vom Neumühl-Abendkloß sollen wegfallen. — Die Sprachenführern erwähnen Emilie Schmidt, die Sandfuhrer und Sprengführer Otto Schmidt. — Weiter wurden einige Änderungen des Sparplanes beschlossen. — Einige Baugesuche werden befürwortet und der Anschluss der Gemeindegrundstücke an die Wasserleitung beschlossen. — Für die Gemeindevertreter werden Ratten vom Vereinheimatshaus zu dessen Vorträgen beschafft. Hierauf Beratung des Haushaltplanes. Durch Anlagen müssen gedreht werden bei der Gemeindeschule 1948 M., Armentalschule 1800 M., Feuerlöschkasse 670 M., Schulfasse 18000 M., Kirchenkasse 2410 M. zusammen 42378 M., 6843 M. mehr wie im Vorjahr. Die Einwohner sollen in der bisherigen Höhe erhoben werden. Der Einwohnerzähler betrug Ende 1912 261 gegen 1700 im Vorjahr. In der geheimen Sitzung kamen Steuererhöhungen, Aushebung zur Pflichtsteuernehr, Armenfach, Eigentumsveränderungen und die Erhebung von Begebaubabträgen zur Beratung. Auf ein Schreiben der Gemeindebeamten hin wird beschlossen, den verheirateten Gemeindebeamten 150 M. den unverheirateten 100 M. Steuerungszulage zu bewilligen. Auch wird ihnen später Wohnungsgeld in Aussicht gestellt.

Schmöditzberg. Das Ministerium des Innern hat auf Antrag des Finanzministeriums die Frist zur Berechnung der Vorarbeiten für die Bedeckung des Bahnknots Schmöditzberg und die damit verbundene Verlängerung der Bahn

20. Generalversammlung der Zimmerer.

K. Berlin, 4. Februar.

Zweiter Verhandlungstag.
An der heutigen Sitzung wurde zunächst über den Ausschuss berichtet und dann über den Abstimmungsschein der Verhandlungen. Ein Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Polemiken des Zimmerers mit dem Grundstein aufgehört haben; es sei zu hoffen, daß dieser Zustand andauert.

Von den Schlußworten ist herzovernehmen, daß Schrader betonte, er habe nicht gefragt, ob die Kameraden sollten sich nicht politisch betätigen. Im Gegenteil, er habe betont, daß die Zimmerer die müssen, auch in der politischen Organisation ihren Raum zu erhalten. Nur in den Verbandsversammlungen sollte keine Politik betrieben werden, um der Polizei jede Handhabe zum Vorgehen gegen die Arbeitnehmer zu nehmen.

Ausstauschvorsitzender Rude-Berlin verlangte einen Beschluss des Verhandlungstags darüber, ob der Vorstand verpflichtet ist, die Entschließungen des Ausschusses nachzukommen. Die Generalversammlung entschied gegen eine Stimme in befahmem Sinne. In der Sache selbst — so wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen — habe der Ausschlag jedoch nicht richtig gehandelt.

Redakteur Ringemann betonte, er wäre sehr zufrieden, wenn die Versammlungen mit dem Grundstein erledigt wären. Sie hätten ihre Ursachen in den verschiedenen Richtlinien beider Verbände.

Den Verbandsmitgliedern wurde dann Entlastung erteilt. Der Vorstand erhält die Erklärung, für die internationale Verbündung einen bestimmten Beitrag auszuwerfen.

Vorstand: Den Punkt:

Uitere diesjährige Tarifbewegung.

Telegraphie-Verbandsvorsitzender Schrader-Hamburg, der zunächst einen Rückblick über die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Wilsnack und Berlin gab. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen sind bereits in der Presse geschüttet worden. Aus den Ausführungen des Referenten sei noch hervorgehoben: Der Hauptpunkt war die Forderung der Arbeitgeber auf eine allgemeine Lohn erhöhung. Die Unternehmer lehnten diese rückwärts ab. Sie sagten, die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und der Stand des Geldmarktes machen eine Lohn erhöhung unmöglich. Kommt in einzelnen Bezirken eine Lohn erhöhung zustande, will der Arbeitgeberbund dieser nicht entsprechen. Er will aber keine allgemeine Erhöhung gewähren. Die Unternehmer wandten auch ein, durch die Lohn erhöhung, die der Tarif von 1910 gebracht hat, seien einige Bezirke zu sehr belastet, die damalige Erhöhung sei ausreichend. Sie müssen dem gegenüber sagen, daß diese Erhöhung durchaus nicht genügt, die enorme Steigerung der Lebensmittel auszugleichen. (Sehr richtig!) Bezeichlich der Arbeitgeber keine Zugeständnisse machen; von ihrem alten Grundsatz, nicht unter zehnjähriger Arbeitszeit zu verdienen, soll nicht abgesehen werden. Sie werden aber untere Forderung nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit aufrecht halten. (Ausschaltung.) Zur Auffordereit ist unser Standpunkt: für die Zimmerer darf es keine Auffordereit geben. (Zustimmung.) Das muß in dem Vertrag beibehalten werden. Die Arbeitsnachweise des Unternehmers sind heute nur Kontroll- und Abrechnungsbüro aus. Da muß eine Neuverteilung vorzunehmen werden; die Arbeitgeber wollen aber die Nachweise in ihrer bisherigen Art beibehalten lassen. Das werden. Für die Ausschaltung muß aber der Zimmererlohn zur Zahlung kommen.

Die Tarifverhandlungen kamen zu Ende, ohne einen Schrift vorbereitet gekommen zu sein. Am 24. Februar sollen überwältigungen stattfinden, und bis zum 15. Februar sollen die Vertragsparteien ihre Anträge den Unternehmern einreichen. Die bisherige Stellung der Arbeitgeber ergibt, daß sie in seinem einzigen Punkte unseren Wünschen Rechnung tragen wollen. Bei dem Standpunkt der Unternehmer hätten wir eigentlich nicht nötig, noch viele Worte zu verlieren. Nach diesem Wörtern wie darauf reden, daß eine Einigung nicht erstellt wird, daß wir bald wieder vor der Frage stehen: Was soll geschehen? Die Unternehmer wollen es zum Durchkommen lassen. Sie sind zum Kampf gerüstet. Wohl sind die Unternehmer für einen Tarifvertrag. Sie verfolgen aber damit einen anderen Zweck als wir. Sie wollen uns damit binden, feststellen, unserer Organisation Hindernisse in dem Weg legen. Das müssen wir verhindern, so weit dort und sonst es nicht gehen. Auch wir müssen eingegangene Zustände, lassen uns aber keine Heile anlegen. Es kann kein bedingungsloses Unternehmen geben. Kommt es zum Kampf, wird dieser größere Dimensionen annehmen, wie der 1910. Und liegt es heute, zu erklären, daß wir eine Macht des Arbeitgeberbundes nicht gefallen lassen. (Zustimmung.)

Die Diskussion über diesen Punkt war ziemlich ausgedehnt. Der Standpunkt der Unternehmer wurde scharf kritisiert, und energisch ausgesprochen, daß von den Forderungen der Arbeitgeber nicht abgesehen wird. Lohnverkürzung und Arbeitszeitverkürzung: das waren die zwei Punkte, die alle Redner in den Forderungen stellten. Die enorme Verkürzung der Lebensmittelbedürfnisse, die allgemein durchgeführt werden müssen. Genso sei eine Arbeitszeitverkürzung nötig. Wollten die Unternehmer diese Forderungen nicht entsprechen, dann pfeife man lieber auf den Abschluß eines Vertrags, sagte unter Zustimmung eines Braunschweiger Delegierten. Verlangt wurde auch eine großzügige Ausschaltung der freilichen Verhältnisse, wie überhaupt gegen den Abschluß eines Arbeitsmarkts eingesetzt wurden. Auch über die Tarifverträge besteht große Wissensum. Die Ausführungen Schröder, er Auffordereit wurden allgemein unterstützt, diese dürfte nicht abschließen werden. Einem sehr breiten Raum in der Debatte nahm die Frage ein, ob das Vertragswerk nicht in den Tarifvertrag einbezogen werden soll. Die Vertragswerke mit in den Tarifvertrag sind sehr verschieden. In Süddeutschland werden vielfach für Einzelhandelsarbeiter höhere Löhne bezahlt als für sämtliche Zimmerarbeiter, während in Norddeutschland meist das umgekehrte der Fall ist. Heraus sind auch die verschiedenen Meinungen in dieser Frage einsichtig. Die meisten Redner traten dafür ein, daß das Vertragswerk mit in den Tarifvertrag einbezogen wird. Ein Württemberger Delegierter erklärte dagegen, daß man dadurch den Unternehmern in Württemberg einen großen Gefallen tun würde. Von anderer Seite wurde betont, der Zimmererlohn müsse für Ausschaltung mindestens gewahrt, die bereits höheren Löhne aber berücksichtigt werden. Die Vertragspartei ist eine Lebensfrage für die Zimmerer. Die Praktiken der Unternehmer mit ihren Arbeitsnachweisen müssen in gebührender Weise geregelt und schafft kritisiert. In den Tarifvertrag dürfen die Unternehmer-Arbeitsnachweise nicht einbezogen werden. Die Arbeitgebervertreter in den Kommunen sollten darüber, die Streiklaufe zu verhindern und die Lohnklausel einzuführen.

Durch Schlußwort wurde die Debatte beendet. Zum Schlusshörer hob Schrader hervor, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten mit dem von den Vertretern der Organisationen bei den Tarifverhandlungen eingenommenen Standpunkt nicht aufgetreten sind. Er betonte, daß auch die Arbeitgeber Gegner der Auffordereit seien, aber sie jenseit nicht ganz verhindern können. Für die Ausschaltungsarbeiten soll der Zimmererlohn als Minimum festgelegt werden, unter dem nicht bezahlt werden darf. Den einzelnen Orten bleibe es vorbehalten, eventuell höhere Löhne tatsächlich festzulegen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Indem die 20. Generalversammlung das Verhältnis und die

Stellungnahme der Verbandsvertreter bei den bisherigen Tarifverhandlungen als richtig anerkennt, spricht sie die bestimmen Arbeitgeber aus, daß die Interessen des Gesamtverbundes schaft wie die seiner Mitglieder auch bei den künftigen Tarifverhandlungen nach-

zu gewahrt werden. — Der bisherige Gang der diejährigen Tarifverhandlungen macht es aber ferner notwendig, daß fortan mit Erfahrung Sorge getragen wird.“

Zur Befragung wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die Generalversammlung hat gegen die Aufnahme des Betongewerbes in das Tarifverhältnis nichts einzuwenden, wenn für Einschaltungsarbeiten am Betondbau höhere Löhne eingezahlt werden, die nicht geringer sind als die Höhe der Zimmerer.“

In einem vorliegenden hierzu angenommenen Antrag wird verlangt, daß angelernte Zimmerer (Gehalter) im Zimmerererverband zu organisiert werden.

Über den Stand des Bauarbeiterverbandes berichtete sich derselbe der Sekretär des Bauarbeiterausschusses, Heinrich Berlin. Er wies nach, wie ungünstig die Bauarbeiterforschung noch ist, kennzeichnete dabei besonders die Nachlässigkeit Preußens in dieser Hinsicht, und forderte weitgehendsten Zusammenschluß der Bestimmungen für den Arbeitgeber.

Nach kurzer Debatte, in der die Ausschüsse des Verbandsversammlung entschieden gegen eine Stimme in befahmem Sinne. In der Sache selbst — so wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen — habe der Ausschlag jedoch nicht richtig gehandelt.

Redakteur Ringemann betonte, er wäre sehr zufrieden, wenn die Versammlungen mit dem Grundstein erledigt wären. Sie hätten ihre Ursachen in den verschiedenen Richtlinien beider Verbände.

Den Verbandsmitgliedern wurde dann Entlastung erteilt. Der Vorstand erhält die Erklärung, für die internationale Verbündung einen bestimmten Beitrag auszuwerfen.

Vorstand: Den Punkt:

Uitere diesjährige Tarifbewegung.

Terrorismus und Expressivität der Unternehmer.

Dieselben Methoden, die die Unternehmer gegen die Arbeiter anwenden, denselben sie auch gegen die Unternehmer, die nicht mit ihnen einig sind, aber insbesondere gegen ihre Mitarbeiter. Sie geben auch schwachsinnig vor, um ihre Widerstandskräfte zu füllen, wie nachstehendes vom Vorstand verdecktliches Bittelat betont:

Sehr geehrter Herr!

Der Beginn eines neuen Geschäftsjahrs steht bevor und damit die Erneuerung der Ihnen bekannten Vergütungen. Trotz des Beschusses des Händlerverbandes, keine Karten anzunehmen, ist der Preis noch in keinem Jahre so hoch gewesen wie in diesem Jahr. Es zeigt dies einmal von einer straffen Disziplin unseres Mitglieders, die unsere Parole: „Ohne Vorfugkarre keinen Auftrag“ immer mehr befolgt; zum anderen von einer erfreulichen Einsicht unserer Lieferanten, die durch Lösung der Karten befreit haben, daß sie hierdurch Mitarbeiter wollen an einer Gewinnung und Gewinnerhaltung unseres Gewerbes.

Diese Herren haben eingesehen, daß die durch Tarifverträge

dem Gewerbe vom Arbeitgeberverband erlangte Ruhe auch Ihnen zugute kommt, indem durch Strafe und Ausprägungen verlängerte Arbeits- und damit Materialausfälle wegfallen, unsere Kollegen hierdurch weiterhin finanziell gestärkt werden und Ihnen Verpflichtungen weit besser nachkommen vermögen, wie eine durch Strafe und Ausprägungen geschwächte Arbeiterschaft. Ganz besonders gilt dies im kommenden Frühjahr. Am 15. Februar laufen bekanntlich die Tarifverträge ab und die Schiffschaft, die in den letzten Jahren sowohl in numerischer wie finanzieller Beziehung außerordentliche Fortschritte gemacht hat, wird, nach dem bisher bekannten erwarteten hohen Forderungen zu urteilen, alles versuchen, um und damit auch unsere Lieferanten zu schwächen. In diesem Kampfe schützen Händler und Materialmänner, die ein gleiches Interesse an dem Wohlergehen des Gewerbes haben, zusammen und ein Vertrag zur Rückerstattung des Arbeitgeberverbandes durch Lösung der Vorfugkarten ist deshalb sicherlich kein unlösbares Verlangen.

Da wir eine Reihe aller derzeitigen Lieferanten, die Vorfugkarten bezogen und diejenigen, die Karten nicht bezogen haben, deutlich lassen, um sie jedem einzelnen unserer Mitglieder zugänglich zu machen, bitten wir uns auf beilegernder Postseite angeben zu wollen, wieviel Karten Sie für 1913 benötigen und auf welchen Namen die Haupt- und eventuelle Nebenkarten auszustellen sind. Jede Firma mag erst im Falle einer Hauptkarte zu 20 M. jene, die für weitere Vertreter Nebenkarten zu je 10 M. ausgestellt werden können. Da uns im vergangenen Jahr häufig Klagen zu Ohren gekommen sind, wonach Meldende infolge der gleichen Forderungen der Karten für 1911 und 1912 Mißbrauch getrieben haben, haben wir für 1913 graue Karten als Hauptkarten und dunkelblaue Karten als Nebenkarten herstellen lassen.

Sollten wir bis zum 15. Dezember d. J. nicht im Besitz Ihrer Bestellung sein, so dürfen wir wohl annehmen, daß Sie keine Karten möchten. Mit der Verlängerung des Vertrages IV der Vereinigten deutschen Tafelgläsergroßhändler sind Verhandlungen im Gange über Erneuerung des mit demselben getätigten Vertrages, wonach Vorfugkarten von den Mitgliedern des Vereinigten nicht verlangt werden dürfen.

Sollten Sie bisher Vorfugkarten von uns nicht bezogen haben, und aus dem Vorstehenden deren Berechtigung nicht erkennen, so sind wir gerne bereit, Ihnen kostlos die Broschüre „Weshalb soll jeder Lieferant eine Vorfugkarte haben?“ auszugeben.

In der Hoffnung, bald von Ihnen zu hören, zuletzt in vorzülicher Hochachtung
Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Maler-, Aufsteiger- und verwandte Gewerbe in Rheinland und Westfalen, E. V.
F. Werner, Vorsitzender. Dr. Goesch, Syndicus.

Und solche Sorte mag dann, über angeblichen Terrorismus der Arbeiter zu schmälen und Justizhaushaltsgesetze dagegen zu fordern.

Vokales.

Die Sattler und Portefeuillier im Jahre 1912.

Der Jahres- und Kostenbericht der Verwaltungsstelle Dresden für das vergangene Jahr weist eingangs auf die Tarifstufe der Verhandlung jährlicher Eigentumsverhältnisse und die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne hin. Es kann mit einer gewissen Genugtuung in dem Bericht konstatiert werden, daß durch die Organisation in den letzten fünf Jahren die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse wesentlich verbessert werden sind. So betrug z. B. der Höchsttariflohn im Jahre 1907 laut Statistik 48 Pf. und es bestand auch noch in mehreren Betrieben die wöchentlich 60 Stunden Arbeit, während heute der Höchsttariflohn 92 Pf. beträgt und in seinem Betrieb länger als 55½ Stunden pro Woche regulär gearbeitet wird, wobei noch zu bemerken ist, daß in nicht Betrieben alles tatsächlich geregelt ist.

Die Mitgliedszahl betrug 688 am Ende des Jahres 1912, gegen 470 am Anfang desselben. Eine Einnahme der Hauptstufe von 18731,87 M. steht eine Ausgabe von 18481,19 M. gegenüber, ein Lofstoffsatz hatte eine Einnahme von 8078,45 M. und eine Ausgabe von 8148,99 M. Arbeitslos waren zusammen 173 Kollegen an 570 Tagen.

Zu erwähnen ist, daß die Bibliothek der Sattler der Zentralbibliothek überwiesen worden ist und daß hier eine Jugendabteilung des Verbandes vorhanden ist; denn es werden 548 Beiträge a 10 Pf. angegeben.

Verlorengebliebene Arbeitseinkommen nach Bediensteten werden jetzt bald wieder in Insertaten der bürgerlichen Zeitungen erscheinen. Da ist eine frühzeitige Warnung an die Arbeitgeber, nicht ohne bestimte Arbeitseinkommen sich zu verpflichten, sehr notwendig.

Das Verbandsorgan der Tapetierer beschäftigt sich in einem

Kreis seiner letzten Nummer mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen speziell der Rohr- und Ofenhebeleute und stellt die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Parallelen zu denen anderer Betriebe dar. Was dort gesagt ist, trifft auch fast für alle anderen Arbeitgeber.

In den Betrieben herrscht im Gegensatz zu fast allen übrigen Orten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen fastlich geregelt sind, noch völlig die Willkür des Unternehmers, der den Arbeitsvertrag in der Regel so gestaltet sucht, daß der Arbeiter ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. So ist es z. B. vorgeschrieben, daß allein in Westfalen auf Gott sonst Arbeit während einer Saison 221 M. an Lohn eingebüßt haben. Die Arbeiter führen im Vertrauen darauf, in diesen vornehmen Betrieben guten Dienst zu finden, nach dort, ohne sich vorher die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich auszumachen. Dort bestimmt dann der Unternehmer bei einem Betrieb die Lohn- und Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt meist 60 bis 65 Stunden täglich bei einem Stundenlohn von 40 bis 50 Pf.

Über die Befragung wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die Generalversammlung hat gegen die Aufnahme des Betongewerbes in das Tarifverhältnis nichts einzubringen, wenn für Einschaltungsarbeiten am Betondbau höhere Löhne eingezahlt werden, die nicht geringer sind als die Höhe der Zimmerer.“

In einem vorliegenden hierzu angenommenen Antrag wird verlangt, daß angelernte Zimmerer (Gehalter) im Zimmerererverband zu organisiert werden.

Über den Stand des Bauarbeiterverbandes berichtete sich derselbe der Sekretär des Bauarbeiterausschusses, Heinrich Berlin. Er wies nach, wie ungünstig die Bauarbeiterforschung noch ist, kennzeichnete dabei besonders die Nachlässigkeit Preußens in dieser Hinsicht, und forderte weitgehendsten Zusammenschluß der Bestimmungen für den Arbeitgeber.

Nach kurzer Debatte, in der die Ausschüsse des Verbandsversammlung entschieden gegen eine Stimme in befahmem Sinne. In der Sache selbst — so wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen — habe der Ausschlag jedoch nicht richtig gehandelt.

Redakteur Ringemann betonte, er wäre sehr zufrieden, wenn die Versammlungen mit dem Grundstein erledigt wären. Sie hätten ihre Ursachen in den verschiedenen Richtlinien beider Verbände.

Den Verbandsmitgliedern wurde dann Entlastung erteilt. Der Vorstand erhält die Erklärung, für die internationale Verbündung einen bestimmten Beitrag auszuwerfen.

Die Verhandlungen wurden dann fortgesetzt.

Inland.

Die wirtschaftliche Lage der Kunstgewerbezeichner.

Der Verband der Kunstgewerbezeichner, eine gemeinschaftliche Organisation, hat länglich eine Statistik über die soziale Lage seiner Mitglieder aufgenommen. Es ist nicht viel Erfreuliches dabei über den Beruf herausgekommen, der im allgemeinen zu den „künstlerischen“ gerechnet wird. Die Zeichner sind heute fast in allen gewerblichen Berufen tätig; die angeführte Statistik führt gegen 40 Prozent aller Zeichner sind Musterzeichner in der Textil- und Tapetenfabrikation und im graphischen Gewerbe.

Das Durchschnittsgehalt aller befragten Zeichner betrug 146,25 M. monatlich. Das Gehalt der in Kunstufergewerbeschulen beschäftigten war etwas höher als das der anderen. Die im Alter von 30 bis 35 Jahren hatten ein Durchschnittsgehalt von 178 M., die von 35 bis 40 Jahren von 185 M. Dabei ist aber zu beachten, daß von allen befragten Zeichnern nur 5 Prozent älter als 40 Jahre waren. Nach Branchen geordnet ergaben sich folgende Monatsdurchschnittsgehalte: Musterzeichner 132 M., Möbelzeichner 191 M., Metallarbeiter: 167 M., Keramiker: 135 M., Bildhauer: 235 M. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 8,8 Stunden. Zeichner hatten 68 Prozent aller Zeichner sind Musterzeichner in der Textil- und Tapetenfabrikation und im graphischen Gewerbe.

Das Durchschnittsgehalt aller befragten Zeichner betrug 146,25 M. monatlich. Das Gehalt der in Kunstufergewerbeschulen beschäftigten war etwas höher als das der anderen. Die im Alter von 30 bis 35 Jahren hatten ein Durchschnittsgehalt von 178 M., die von 35 bis 40 Jahren von 185 M. Dabei ist aber zu beachten, daß von allen befragten Zeichnern nur 5 Prozent älter als 40 Jahre waren. Nach Branchen geordnet ergaben sich folgende Monatsdurchschnittsgehalte: Musterzeichner 132 M., Möbelzeichner 191 M., Metallarbeiter: 167 M., Keramiker: 135 M., Bildhauer: 235 M. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 8,8 Stunden. Zeichner hatten 68 Prozent aller Zeichner sind Musterzeichner in der Textil- und Tapetenfabrikation und im graphischen Gewerbe.

Die Arbeitslosigkeit der Privatangestellten im Jahre 1912.

Aus den jetzt vollständig vorliegenden Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes im Fleischarbeitsblatt ergibt sich, daß an die Verhinderung des Antrags zu Anfang des Jahres 1912 angeklagten waren 13 Verbände mit 264 190 männlichen und 44 298 weiblichen, auf 100 Mitglieder entfielen im vierter Quartal 1911 1,2 Stellenlose, und im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 1,4 Stellenlose.

Im Beginn des Jahres waren 549 Stellenlose vorhanden, nach 100 Mitgliedern, und im gleichen Zeitraum 2012 waren 34 029 Mitglieder, so daß ein Angestellter durchschnittlich 41 Tage stellensfrei war. Wenn also auch die Stellenlosigkeit nicht so häufig ist, wie

Reichstag.

100. Sitzung. Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 1 Uhr.
am Landesratssitz: Dr. Beyer.

Frat des Reichsministers des Innern.

(13. Tag.)

Mrs. Ministerialdirektor v. Jonquière: Ich habe vor einigen Tagen in einer Ansprache auf die Ausführungen des Hr. Schumann bestanden, daß es in Hamburg vor der Arbeiterversicherungsanstalt Verbrechen der Arbeit geübt werden und sich mit den Vorwürfen der Sozialversicherungsanstalt einverstanden erkläre habe, unter ihnen auch Herr Paul Müller, den Sie — nobis ich eine Handbewegung nach der äußersten Linke zu machen — so wohl anerkennen werden. Jetzt ist Müller in einem Vorstand der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Ich muß heute richtig stellen, daß mir eine Personenbeschreibung unterlaufen ist, der betreffende Herr hieß Paul Hoffmann.

Die Debatte beginnt beim Kapitel „Arbeiterversicherungsanstalt“.

Hr. Doerken (Soz.):

Nach § 547 der Arbeiterversicherungsordnung hat der Bundesrat die Genehmigung, auch die Berufskrankheiten zu den Betriebsunfällen zu rechnen. Die Berufsgenossenschaften lassen hiergegen stark, indem sie meinen, daß die Kranken bei genug gezeigt. Viele sind erst jetzt die Krankenfassen veranlaßt, über die Berufskrankheiten Aufnahmen zu machen. Aber wenn auch die Berufsgenossenschaften noch nichts veranlaßt haben oder noch nichts getan haben, so ist doch durch eine Reihe von auf sozialem Gebiet verhinderten Menschen dieses festgestellt worden, was als Basis für die Ausgaben des Bundesrats dienen kann. Die kleine Ortskasse der Reiter mit nur 8000 Mitgliedern im letzten Jahr eine halbe Million für die an Kleinbetrieben Gründungen ausgeben müssen. In beratenden Räumen müßte das Reich über den Staat eingreifen, zumal es für Bleiweiß einen sehr guten Erfolg, das Bleiweiß gibt. Als Unfall wird nur ein plötzlich auftretender auftaucht, nicht aber ein mittelbarer, so daß ein Arbeiter einen Unfall nur sehr schwer zur Anerkennung bringen kann. Ein Holzarbeiter, der sich an einem Hobel verletzt und die Seele sich verschlimmerte, dies nicht gut überzeugt hatte, konnte, als er ins Spital kam, trocken mehrere Kugeln und Schwärzlinge auf seiner Seele waren. (Hörte! hörte!) Vor zwanzig Jahren wurden und mittlerweile Unfälle noch anerkannt, sowie Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit. Vor neun Jahren war der Begriff bereits sehr eingeeignet und auch heute kann man nicht eine bestimmte Erfahrung für einen Unfall geben. Berufskrankheiten sind von Unfällen abgrenzen, indem gesagt wird, die Anlage zum Unfall sei ja immer schon vorhanden. Dann schaffte man die kleinen Renten für den Verlust von eingelagerten Fingergliedern ab und sah die Renten von 10 und 20 Prog. auf 10 Prog. herab. War ging weiter und sagte: keine Verleihungen werden überhaupt nicht mehr mit Renten belohnt, wenn der Verletzte sich daran gewöhnt hat. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann warnt in seinem Buch „Sicht und Schalter der Unfallversicherung“ vor dem Schadensauflauf. In der Praxis wird aber nur Schadensauflauf. Die Berufsgenossenschaften haben alle der Arbeiterschaft ungünstigen Urteil zugestellt, und nach dieser Schablone wird ohne nähere Erklärung die Feststellung getroffen. (Hörte! hörte!) Seit dem Beginn der Versicherung sind die Renten mehrfach heruntergegangen, für den Verlust eines Auges zahlte man früher 40 Prog., später 10 Prog. und heute 5 Prog. Ich sehe einen Senatspräsidenten, der bereits gesagt hat, mit einem Auge sieht der Mann ja gerade so gut wie mit zwei Augen, der also für den Verlust eines Auges zu nichts gäben will. Einem Arbeiter, der zwei klinische Weine zu trinken, wurde die Wohltätigkeit, Schreibmaschine zu lernen, und er konnte nunmehr bei seinem Wohltäter 400 M. jährlich verdienen. Hr. Dr. Schmid erkannte die Berufsgenossenschaft und das Reichsversicherungsamt trat ihr bei, daß dieser Arbeiter erwerbstätig ist. (Hörte! hörte!) Wenn das noch zehn Jahre mit dieser Praxis weitergeht, so wird auch ein Arbeiter ohne Auge und Zunge, der eine orthopädische Behandlung sowohl gebracht ist, wieder am Schreibtisch zu sitzen, für erwerbstätig erklärt werden. Die Orthopädie wird dann nicht zum Segen, sondern zum Fluch. Man hat untere Versicherung mit einem schönen Rossmilbe verglichen, man darf dem Bild aber nicht zu nahe kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man weiß prunkend auf die ungsharten Summen hin, die für Versicherungen gezahlt werden; die Berufsgenossenschaften haben in 25 Jahren 1800 Millionen aufgebracht; aber auf den Kopf der Versicherten kostet das nur 8 M. Richtig ist es bei der Invalidenversicherung, wo es 8 M. ausmacht bei der Krankenversicherung, wo 8000 Millionen im ganzen doch nur 12 M. auf den Kopf der Versicherten beladen, wobei 8 M. der Arbeitnehmer bezahlt hat, 2 Millionen werden täglich für die Versicherung ausgegeben, 800 Millionen im Jahre. Davon zahlen 800 die Arbeitnehmer, und von den anderen 800, die die Unternehmungen zahlen, erklärte hier einmal ein Großunternehmer, Herr Schmid-Wienburg, es macht nicht ½ Prog. der Betriebsausgaben. Die 8 Millionen M. jährlich verteilen sich auf 24 Millionen Versicherte. Nehmen Sie die Berliner Versicherten, so sind das 2 Prog. und Sie sehen Sie deutlich, daß die Berliner Armenverwaltung an diese Summe ohne Gegenleistung schon mehr zahlt. Die Versicherung ist eben nicht, als eine zentralisierte Armenpflege. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist es ein sehr gutes Geschäft; so weißt der Rat der Landesversicherungsanstalt Berlin bei 18,8 Millionen Mark Einnahme und 11,4 Millionen

Mark Ausgabe einen Überschuss von 7,2 Millionen Mark oder rund 40 Prog. auf. Da muß ja jedem Kaufmann das Herz liegen. Man sieht, der Überschuss wird ja zurückgelegt, aber wer weiß, wie diese Gelder einzusparen werden, die Belegschaft bekommt jedenfalls nichts. Früher wurde den Witwen, nemur der Mann starb, etwas herausgezahlt; das fällt nach der Reichsversicherungsordnung fort, und davon allein hat die Landesversicherungsanstalt Berlin in einem Jahre 737 000 M. gespart und nur 23 000 M. sind an die Witwen und Waisen gezahlt. Man hat ihnen also das Recht, das daraus genommen, was man ihnen gegeben hat. (Hörte! hörte!) Sie haben gar keinen Grund, uns anderen Ländern gegenüber auszuweichen. England gibt 250 Millionen Mark jährlich für seine Versicherung aus, wird also in zwei Jahren zweit bezahlt haben, wie die deutsche Regierung in 18 Jahren. England und die Schweiz haben die Berufskrankheiten in ihrer Unfallversicherung. Sie müssen darauf achten, daß wir anderen Ländern gegenüber mit unserer Versicherung nicht in Konkurrenz kommen, und ich möchte mit den Worten des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes schließen, die er freilich etwas anders gemeint hat: Man hätte sich auf der betreuten Bahn weiter zu scheren, denn sonst folgt dem „Hoffmann“, das Sie auf die Versicherung hingen, das „Krems“ der Versicherer. (Schäffer Weiß bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Beder-Krausberg (S.): Das absäßige Urteil des Vorredners über unsere Arbeiterversicherung ist nicht berechtigt. Nach wie wenigen, daß die Unfallversicherung auf eine Reihe von Betriebskrankefassen ausgehoben wird.

Hr. Gepp (mal) fragt über zu harte Strafen wegen Verstöße gegen Unfallvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Hr. Beder-Krausberg (S.): Das absäßige Urteil des Vorredners über unsere Arbeiterversicherung ist nicht berechtigt. Nach wie wenigen, daß die Unfallversicherung auf eine Reihe von Betriebskrankefassen ausgehoben wird.

Hr. Beder-Krausberg (S.): Das absäßige Urteil des Vorredners über unsere Arbeiterversicherung ist nicht berechtigt. Nach wie wenigen, daß die Unfallversicherung auf eine Reihe von Betriebskrankefassen ausgehoben wird.

Hr. Taubabel (S.):

Wir haben schon bei der Debatte der Reichsversicherungsordnung beantragt, die Berufskrankheiten als Betriebsunfälle anzusehen. Damals war gerade die Partei des Hr. Beder, der das Recht für sich beansprucht, dagegen. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Sparfamilie ist gewiß recht schön, aber nur nicht am leichtesten Ende. Am Reichsversicherungsamt steht man jetzt auf Kosten der alten Invalidenrenten. Das Reichsversicherungsamt hat an die Landesversicherungsanstalten einen Elast verhängt, sie möchten doch bei der Invalidenversicherung recht sparsam wirtschaften. Die Folge ist ein kolossal stützender Aufwand der Invalidenrente. Schön gehabt Mennen werden in der eingesetzten Weise wieder entsogen. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Besonders arg ist es mit diesen Verhältnissen im Bereich der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Die Versicherer sagen, sie müssen sich auf allen Seiten strecken, ehe sie eine Menge bekommen. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Ein Bergarbeiter in Waldenburg hat für mich Geldstrafe verhängt, weil er keine Rente bekommt. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Die Entlastung in Schlesien ist daher auch ganz allgemein. Dabei geht der altherührende Überdruck der Landesversicherungsanstalt Schlesien bereits über 10 Millionen Mark hinaus, und ihr Vermögen beträgt 115 Millionen. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß müssen die Landesversicherungsanstalten eine gewisse Kapitalreserve, aber der Zweck der Invalidenversicherung ist doch nicht die Aufspeicherung großer Vermögen, vielleicht soll sie ein Stück für die wirtschaftliche Entwicklung sein. (Richtigkeit bei den Sozialdemokraten.) Schließlich möchte ich für die Angestellten der Berufsgenossenschaften eine Rettung und vor allem die Rettung einheitlicher Grundätze für das Aufrütteln der Unterbeamten in die mittleren Stellungen befürworten. (Proval bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Schmid (Cent.): Bei der Genehmigung von Renten sollte man möglichst milde vorgehen, die Neute verlangen doch keine Gnade, sondern haben einen gesetzlichen Anspruch. Das weitere folgt der Redner über zu rigorose Vorgaben beim Fehlen von Unfallvorschriften in landwirtschaftlichen Betrieben; hier sollten die Berufsgenossenschaften nicht mit Streben, sondern mit aussichtsvollen Vorschlägen vorgehen, da der Vertrag gegen die Vorschriften doch nicht auf Unkenntnis beruht.

Ministerialdirektor Gaspar: Bei der Genehmigung von Renten sollte man möglichst milde vorgehen, die Neute verlangen doch keine Gnade, sondern haben einen gesetzlichen Anspruch. Das weitere folgt der Redner über zu rigorose Vorgaben beim Fehlen von Unfallvorschriften in landwirtschaftlichen Betrieben; hier sollten die Berufsgenossenschaften nicht mit Streben, sondern mit aussichtsvollen Vorschlägen vorgehen, da der Vertrag gegen die Vorschriften doch nicht auf Unkenntnis beruht.

Hr. Schmid (Cent.):

Die Zahl der Revisionen von Renten ist durchaus ungenügend. Man sollte doch Rentenleute aus dem Arbeitervorstand anstellen, womit man in Zukunft recht gute Erfahrungen gemacht hat. Die

vergangen und die erhöhten Hilfsgruppen blieben aus. Stattdessen waren die Serben in Durazzo eingebrochen, während die Türken mehrfach die Tapferen in der Mauer ganz ganz verloren hatten. Der Hunger preßte ihm jene Rufe ab, die von der Soldatenmutter glücklicherweise gehört worden waren und zu seiner Bestrafung geführt hatten.“

Aus Versehen erschossen.

Wilhelmshaven, 5. Februar. Auf dem Kreuzer Moltke schoß ein Matrose einen Matrosen mit seinem Dienstreiter, der verschwieglich mit einer schweren Patrone geladen war, durch die Brust. Der Matrose ist im Lazarett gestorben.

Nordversuch und Selbstmord.

Mainz, 5. Februar. In der frühen Morgensonne bekam der 25 Jahre alte heizer Julius Delnich in Biebrich a. Rh. nach dem Verlust eines Maschinelles mit seiner Frau Streit. Dabei verlegte er sich durch vier Weibliche lebensgefährlich und fügte dann auch seinem dreijährigen Sohn lebensgefährliche Verletzungen zu. Mutter und Kind befinden sich in bedenklichem Zustande im Krankenhaus. Der Täter hat sich heute früh gegen 8 Uhr, nur mit Hemd, Hose und Pantoffeln bekleidet, auf der Eisenbahnbrücke zwischen Mainz und Biebrich erschossen. Dabei stürzte die Leiche in den Rhein und konnte noch nicht geborgen werden.

Verfammlungen.

6. Kreis. (Bezirkssversammlung in Dörflein.) Am Sonntag den 2. Februar fand in Dörflein ein Bezirkssversammlung statt. Genosse Niem rezipierte über: Streitige durch den föderalen Landtag. Der Vertrag aus der Kreisversammlung gab Genosse Röster. Er behandelte ausschließlich die Staatsförderung; dieselbe wurde ohne wesentliche Aussprache erledigt. Bei Punkt 8 der Tagesordnung entwidmete sich eine regt Debatte betreffs des Bezirks 1. Jenes in Dörflein. Es ist schon mehrmals darauf hingewiesen worden, daß die Debatte nicht so eingeholt werden, wie es die Genossen wünschen. An Antrag des Genossen Buchmann wurde be-

arbeiterversicherungsanstalt hat viel zu wenig Ressourcen, nur 9 bei 21 000 Betrieben und einer Betriebsmillion Belegschaft. Das Reichsversicherungsamt müßte für eine Verstärkung der Aufsicht sorgen; müßte doch selbst der Regierungsbüro ausgewiesen werden, das bei der Arbeiterversicherungsanstalt 89 Unfälle sicherlich nur auf das Gebiet einer bestimmten Schriftvorrichtung zurückzuführen sind. (Hörte! hörte! bei den Sozialdemokraten.) Die Technik der Unfallversicherung schreitet ja täglich fort. Das Reich sollte auch einen Fonds zur Entschädigung für Erfinder auf dem Gebiet der Unfallversicherungsbüro bereit halten. — Besonders großen Erfolg sind die Radfahrer und Motorradfahrer ausgelegt, die in schwindender Höhe ihre Arbeit ausführen. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist ungeheuer groß. Überhaupt sind alle Bauarbeiter häufig ausgeschlagen ausgelebt, es sollte für die Errichtung von Standorten in weitem Maße Sorge getragen werden. Für das Bauwesen wichtigste Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung treten demnächst in Kraft. Zu den Regelungen über die neuen Unfallversicherungsbüro treten die Vertreter der Arbeiterversicherungsanstalten ein. Die Beamten, sowie einzelner Arbeitgeber als Fachleute angezogen werden. Wo aber bleiben die Arbeiter? Wir verlangen, daß auch die Vertreter der Arbeiterversicherungsanstalten geholt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Giesberts (Cent.): Hört darüber, daß in den Industriegebieten des Westens Landkostenfassen errichtet werden, die doch nur für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer bestimmt sein sollen, die Ressourcen auf keinen Fall dazu benutzt werden, um in den Süden zu bringen auf keinen Fall dasselbe errichten. gegen die Großkonzernen ein Gegengewicht zu setzen.

Hr. Taubabel (S.):

schließt sich dem Beschwerde, daß verschiedene Industriebüro des Westens, z. B. nach Bodum, Landkostenfassen errichten. Daß dies möglich ist, dazu hat freilich das Zentrum die Schuld. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Gaspar weist darauf hin, daß das Reichsamt des Innern auf die Errichtung von Landkostenfassen keinen Einfluß hat.

Die Resolution Beder-Krausberg wird angenommen.

Es folgt das Antritt.

Hr. Wolf (Vp.): Mindestens Vermehrung des Rotenpersonals auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Hr. Waldeck (Vp.): Die Anstellungserhöhung der Roten sind im höchsten Maße reformbedürftig. Die Haftung der Roten sollte endlich aufgehoben werden.

Ministerialdirektor Gaspar weist darauf hin, daß das Reichsamt des Innern auf die Errichtung von Landkostenfassen keinen Einfluß hat.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ bemerkt

Hr. Taubabel (S.):

Ein Gelehrtenwurf gegen die Abonnementversicherung, den das Reichsamt gewünscht hat, ist uns nicht zugegangen, sondern nur eine Denkschrift, die reiches Material über die Schäden der Abonnementversicherung bringt. Ich bin durch das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei und vielen Arbeitern und Bauernern zum Segen gereiche. Unterlagen für diese Behauptung werden nicht gegeben. Würde wir freilich wissen, was die Versicherer zahlen und was ihnen bezahlt wird, so würde sich herausstellen, daß die Versicherung nur dem Geldbeutel der Verleger zum Nutzen gereicht. (Richtigkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Denkschrift unterscheidet eine sogenannte Beauftragung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnementversicherung von der unbeauftragten Abonnementversicherung und will die erste gelten lassen. Hätte der Verleger das Studium dieser Denkschrift in der Überzeugung bestellt worden, daß ein gerechtes Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffall

Hofbrauhaus

Dresden

empfiehlt seine ausgezeichneten

Biere

Deubener Mühlen-Brot

von höchstem Nährwert, Wohlgeschmack und gleichmäßiger Güte, empfiehlt
Moritz Grahl, Sidonienstr. 4, Telefon 1654.
Hauptlieferer der Deubener Mühlenfabrikate.
Wenn nicht in bestellten Geschäften zu haben,
erbitte direkte Bestellung.

Besonderer Beachtung
empfohlen:

Alkoholfreie Getränke



Kennen Sie
Borkmann's alkoholfreie Getränke?
Fabrik Erlenstr. 4.

Stimme und 3 Kronenbrüse
unter Vertrag obiger Firma
liegen auf "ein Hochgenuss".
Michaelisstr. 197, 1933.

Briesnitzer Sauerbrunnen

C. Böhme, Inh. E. M. Jilg
Dr. Blasewitz, Poststrasse 17, 1930.

Paul Horn

"Warmöl" D.S. Wintergetränk
alkoholfrei
P. Ruth, Dresden, Struvestr. 43.

Apotheken

Lessing-Apotheke
Kamenzstr. 10, 1930.
Barumstr. 1, Kästnerstr. 1, 1930.

Artikel für Ge-
sundheitspflege

Reformhaus „Neues Leben“
Dresden N 6
Kurfürstenstraße 15.

Automaten

See-Automat
Neu! Edle Seest. Neu!
neben dem Ministerialhotel,
Breitestr. 3.

Badeanstalten

"Diana-Bad"
Bade-, Frisch- & Eisbad
Königstr. 1, Art. Bürgerwiss. 22.

Albertsbad
Grünestraße 38
Fer. und Waschsalon

Behrisch-Bad
Fischerstr. 1, 1930.

Margarethenbad
Rautenkrautstr. 35, Tel. 2623.

Bandagen

Hauptstraße 38 I Etg.
Herrn. Straube, Bandagist
und Chirurgie - Mechaniker.
Spre. Dr. Kaiser's Leibärzte.

W. Beckert
Gummihandlung
Striesenerstr. 39.

Beerdigungsanst.
u. Sarg-Magaz.

Dresdner
Beerdigungs-Anstalten

Pietät und
Heimkehr

26 Am See 26
Fornspacher 157
und
Bauherstr. 37, Fornspach. 4850

Berufskleidg.

A. Altus
Friedrichsgasse 13
Friedländer 2. mit Preis
Stern. u. Friedländer. Spezialität
der Berufe. Reichenbach.

Oscar Bialla
Wohnsch
praktisch
ge. Beidergasse 11 Lade. u. 1. Etg.
Elektrischer Betrieb!
Große Leistungsfähigkeit!

Emil Hohlfeldt
Spezial-Fabrik für Männer, Zigaretten
Kleider, Kästner, Etui, Blatt.
F. Hohlfeldt, Beiterstr. 1-4

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Geschäfte

• SULIMA •

Matrapas-Cigarette

Feinste Marke zu 2½-5 Pg. pr. Stück.

6% Rabatt

Lebensmittelvertriebsgesellschaft

15 Spezial-Geschäfte

Dresden-Dötzchen:

Dresden-A. 1
Bartl. Anteckl. 18-91

Zwinglerstr. 18.

Frauenstr. 12.

Plötzenseestr. 42.

Lindenstr. 29.

Schloßstr. 40.

Stadtgutstr. 2, Tel. 50151.

Dresden-E. 1

Hofmühlestr. 2.

Hochstr. 26.

Alexandr. 23.

Trachenbergsstr. 22.

Dresden-S. 1

Leipzigerstr. 23.

Aschiger, Ecke Spreestr.

Borsbergstr. 26d.

Silber umsonst
als Prämien für Kakao-Trinker
Kakao Marke.

Deutschmeister

Allgemeine
Fabrikation: Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Jetzt ist der Lack von
Friedrich & Göckner

Prämiert mit
der Goldenen
Medaille
Luxemburg
1912.

NOXON-Werke,
Dresden-A. 7.

Bestes Pro-
dukt der
Gegewicht der
ähnliche
Metalle, Glas
und Marmen.

Oberfl
erhältlich.

NOXON

Erscheint wöchentlich
einmal.

Nach Branchen alphabetisch geordnet

Bäcker- und Konditoreien

H. Krebschmar
Popitz 1.
Telephon: Nummer 11515.

Oskar Neubert

Friedrichstraße 31.

Conrad Blaas
Stärken-gasse 34.

Otto Prezel
Fleischkäseküche.

Georg Prese
Görzstraße 27.

Fritz Grätz
Hofgartenstr.
Nr. 39.

Otto Grundmann
König-
straße 5.

Paul Helm
Schulstrasse 19.

W. Herrmann
Friedrichstr. 6.

M. Hofmann
Sandstrasse 21
und Paul-Festbeck

R. Köhler
Döppliswaldsche-
Platz 6.

Willi Kunad
Oberleiter-
straße 13.

Franz Lauz
Mittelstr. 32.

J. Meining
Fleisch-Konditorei
Steuer-Schulstr.

Alf. Nollau
Überbahnhofstr.
Brot- u. Feinkräcker.

Franz Palisch
Schäferstr. 53.

H. Rautenkraut
Einfachstr. 12.

Friedr. Richter
Handelsstr. 29.

Max Sauer
Brot- u. Feinkräcker.

Gustav Rickmann
Schäferstr. 8, Tel. 2227

Max Rüger
Moritzburgerstr. 16.

Tragott Birker
Schroben-
hausergasse 17.

Emil Hänsel
Rosenstr. 70.

Georg Mühl
Grunaerstr. 31.

Gustav Adolf Nacht
Lützowstr. 66

Im Max Heldan
Poststr. 2743

Herrn. Barth
Sophienstr. 67

Kurt Schreyer
Dresden A. Schäferstr. 31

Paul Seidel
Böckernstr.

Gebhard Schäfer
Friedensstraße 18.

Rudolf Seifert
Mohnstr. 2.

Dr. Straube
G. Friedr.
gasse 36.

Bettfedern
Betten

C. Großmann, Waller, E. Eckhoff
Schäferstr., Marchfeldstr. 51.

Bierhandlung.

Gebr. Haubold

Hausstr. 45, Teleph. 2051.

Hartung & Pickler,
Zwickauerstr. 12, Tel. 12456

Fleischkäse und Syrup-Händling.

Gustav Adolf Nacht
Lützowstr. 66

Im Max Heldan
Poststr. 2743

Herrn. Barth
Sophienstr. 67

Kurt Schreyer
Dresden A. Schäferstr. 31

Paul Seidel
Böckernstr.

Gebhard Schäfer
Friedensstraße 18.

Rudolf Seifert
Mohnstr. 2.

Dr. Straube
G. Friedr.
gasse 36.

Bettfedern
Betten

C. Großmann, Waller, E. Eckhoff
Schäferstr., Marchfeldstr. 51.

Bierhandlung.

Gebr. Haubold

Hausstr. 45, Teleph. 2051.

Hartung & Pickler,
Zwickauerstr. 12, Tel. 12456

Fleischkäse und Syrup-Händling.

Gustav Adolf Nacht
Lützowstr. 66

Im Max Heldan
Poststr. 2743

Herrn. Barth
Sophienstr. 67

Kurt Schreyer
Dresden A. Schäferstr. 31

Paul Seidel
Böckernstr.

Gebhard Schäfer
Friedensstraße 18.

Rudolf Seifert
Mohnstr. 2.

Dr. Straube
G. Friedr.
gasse 36.

Bettfedern
Betten

C. Großmann, Waller, E. Eckhoff
Schäferstr., Marchfeldstr. 51.

Bierhandlung.

Gebr. Haubold

Hausstr. 45, Teleph. 2051.

Hartung & Pickler,
Zwickauerstr. 12, Tel. 12456

Fleischkäse und Syrup-Händling.

Gustav Adolf Nacht
Lützowstr. 66

Im Max Heldan
Poststr. 2743

Herrn. Barth
Sophienstr. 67

Kurt Schreyer
Dresden A. Schäferstr. 31

Paul Seidel
Böckernstr.

Gebhard Schäfer
Friedensstraße 18.

Rudolf Seifert
Mohnstr. 2.

Dr. Straube
G. Friedr.
gasse 36.

Bettfedern
Betten

C. Großmann, Waller, E. Eckhoff
Schäferstr., Marchfeldstr. 51.

Bierhandlung.

Gebr. Haubold

Hausstr. 45, Teleph. 2051.

Fortsetzung des Praktischen Wegweiser

Molkerei-Artikel Emilie Franke Frankenthalerstr. 4 Postkarten-Centrale Tgl. Nachmittag Büro, Tel. 10558, 17. Eduard Wohl Post. Wallwitzstr. 6 Tel. 7497.	Papierwaren J. Höhnigsberg Annenstr. 18. Postkarten-Centrale Tgl. Nachmittag Büro, Tel. 10558, 17. Eduard Wohl Post. Wallwitzstr. 6 Tel. 7497.	Sattlerei und Pjästerwaren Bern. Moscher Bischöfsweg Nr. 18. J. Teucher, Schandauerstr. 81	Wäsche Günstige Europäische Dresden für abwaschbare Dauer-Wäsche nur Heißwasser. v. K. Wagner Kl. Planenstr. 48, II.	Dresden-Löbau Max Gläser Buch-, Papierhandel Kesselsdorferstr. 14 C. F. Hammer alte Lederwaren Kesselsdorferstr. 14	Dresden-Gruna Franz Winkler Brot-, Weiß- u. Möbelwaren, eig. Anfertig. 1 % Rabatt.	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Monats-Garderobe Georgius, Gläser, Löffelmann, Müller Büro, v. Danz.-Gard. Rohrsch. 16. Nur bei S. Falk, 6. Brüderstr. 21, II Anlässe schon von 6 Mark an.	Obst- und Beerenweine Robert Weber Großenhainewitz 26. Telefon 2217. Vorstadt, 1. bei Qualität. Zu haben in allen Reisehotels der Konsumvereine.	Arno Melzer Graviersch. und Görlerstr. Sternstr. 8 v.-v. Verlässlich.	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaubachstr. v. Bildern Porzellan Müller jetzt Wellstr. 2.	Dresden-Löbau Max Gläser Buch-, Papierhandel Kesselsdorferstr. 14 C. F. Hammer alte Lederwaren Kesselsdorferstr. 14	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Restaurants Alt Gaßmeyer Schloßstr. 21 nur echt bayrische Biere u. Küche.	Optiker Ed. Wiegand Wallstr. 8. Telefon 10108 In Optik steht das Neueste. 6. Rosenmüller Baustrasse 18-20 moderne Augengläser jed. Art Hoffmann, Amalienstr. 14.	Putz- und Modewaren G. Königlich Preis. Ritterstr. 12 gebr. H. v. ungarb.	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaubachstr. v. Bildern Porzellan Müller jetzt Wellstr. 2.	Dresden-Gruna Franz Winkler Brot-, Weiß- u. Möbelwaren, eig. Anfertig. 1 % Rabatt.	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Konzerthaus Stadtwald-Schlösschen Postplatz. Staubfreier Garten.	Hirsch Rauchhaus	Scheuertücher	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaubachstr. v. Bildern Porzellan Müller jetzt Wellstr. 2.	Dresden-Gruna Franz Winkler Brot-, Weiß- u. Möbelwaren, eig. Anfertig. 1 % Rabatt.	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Waldschänke Hellerau mit Straßenbahn Nr. 7 ab Postplatz in 35 Minuten zu erreichen.	Putz- und Modewaren G. Königlich Preis. Ritterstr. 12 gebr. H. v. ungarb.	Scheuertücher	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaubachstr. v. Bildern Porzellan Müller jetzt Wellstr. 2.	Dresden-Gruna Franz Winkler Brot-, Weiß- u. Möbelwaren, eig. Anfertig. 1 % Rabatt.	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Wobsa Echte Biere & Glas zu Pf. Überzählig billige Speisen Grüne Rödergasse 12-14.	Amerikan. Brotfabrik H. Winkelmann, rathausstr. 15 Rathausstr. 20. Leipzigerstr. 82. Die meistens Schuhgeschäfte führen den bewährten	Just Turnschuh Paul Wecker Eilenburgerstr. 16. Rep. u. Rep. Arbeit.	ALFA Ciba, Waffelnfabrik Fabrikstrich bei Fr. Gerstenberg Annenstr. 14. Pillnitzerstr. 26 sowie im Fahrstörfeldverkauf Raddestr., Gartenstr. 18.	Freudenberg's Schuhhaus Ecke Kesselsdorfer- u. Reisewitzerstraße.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Krystall-Hallen Schaffestraße 18. Neustädter 80, Kaiserkonzer-	Jacob's Schuhhäuser Allianzwerkstatt Marke Mars 10.50 Wettinerstr. Ecke Postplatz Allianzstr. Ecke Berndstr. Hauptstraße 6.	Waffeln Richard Seim, Leipzigerstr. 70	Waffeln Waffelfabrik Elborenz Tel. 1042	Freudenberg's Schuhhaus Ecke Kesselsdorfer- u. Reisewitzerstraße.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
H. Schnabel Schreibergasse 21	Seifen	Waffeln Richard Seim, Leipzigerstr. 70	Weine, Liköre Schinke's Wermutwein reiner Traubewein nur nicht mit Firma Schinke & Co. Telefon 2232	Freudenberg's Schuhhaus Ecke Kesselsdorfer- u. Reisewitzerstraße.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Schlosschänke Uhligau Gesellschafts- u. Speisen- Gastronomie. Ecke Marktstr. H. Buchmann	G. F. Gäbler Seifen- und Seifenüberfahrt Fabrikatellerverkaufsstellen: Friedbergplatz 92 Webergasse 22 Schaffestraße 8 gr. Zwingerstr. 96	Seifen	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Haller Drei-Kaiser-Hof Ecke Billige Kleiderstoffe.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
G. F. Gäbler Seifen- und Seifenüberfahrt Fabrikatellerverkaufsstellen: Friedbergplatz 92 Webergasse 22 Schaffestraße 8 gr. Zwingerstr. 96	Jacob's Schuhhäuser Allianzwerkstatt Marke Mars 10.50 Wettinerstr. Ecke Postplatz Allianzstr. Ecke Berndstr. Hauptstraße 6.	Seifen	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Haller Drei-Kaiser-Hof Ecke Billige Kleiderstoffe.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Tafelöle	G. F. Gäbler Seifen- und Seifenüberfahrt Fabrikatellerverkaufsstellen: Friedbergplatz 92 Webergasse 22 Schaffestraße 8 gr. Zwingerstr. 96	ff. Florida-Tafelöl	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Schokoladen, Cacao, Tee	MOLL Annstr. 10 am Postplatz	Uhren und Goldwaren	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Gerling & Rockstroh Laden in allen Stadtteilen	MOLL Annstr. 10 am Postplatz	Uhren und Goldwaren	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Hugo Müller Am See 44. Kaffeehaus, Konditorei Kakao, Schokol. Zuckerwaren für Wiederverk. Fabrikpreise	Treppenhauer Almmarkt 8 (Café Central)	ff. Florida-Tafelöl	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
L. Klem, Margaretenstr. 31	Lorenz Friedbergstr. 11. Gustav Lösch Heinrichstr. 21	MOLL Annstr. 10 am Postplatz	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Chocoladen, Hering Spezialität: Gumm.-Hantenbonbons Süße Würfel!	Dentifit Flach	Tafelöle	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Monats-Garderobe Georgius, Gläser, Löffelmann, Müller Büro, v. Danz.-Gard. Rohrsch. 16. Nur bei S. Falk, 6. Brüderstr. 21, II Anlässe schon von 6 Mark an.	Robert Weber Großenhainewitz 26. Telefon 2217. Vorstadt, 1. bei Qualität. Zu haben in allen Reisehotels der Konsumvereine.	ff. Florida-Tafelöl	Wermutwein Georg Schinke, Comand.-Ges. Friedbergstr. 18. Telefon 2400	Kaufhaus Steinhardt	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.	Dresden-Pieschen A. Oppelt, Torgauer Str. 11. Kesselsdorferstr. 21 Brot-, Weiß- und Käsebäckerei, Leipzigerstr. 8.
Restaurants Alt Gaßmeyer Schloßstr. 21 nur echt bayrische Biere u. Küche.	Optiker Ed. Wiegand Wallstr. 8. Telefon 10108 In Optik steht das Neueste. 6. Rosenmüller Baustrasse 18-20 moderne Augengläser jed. Art Hoffmann, Amalienstr. 14.	Putz- und Modewaren G. Königlich Preis. Ritterstr. 12 gebr. H. v. ungarb.	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaubachstr. v. Bildern Porzellan Müller jetzt Wellstr. 2.	Dresden-Löbau Max Gläser Buch-, Papierhandel Kesselsdorferstr. 14 C. F. Hammer alte Lederwaren Kesselsdorferstr. 14	Gorbitz Brauerei Gorbitz. Gust. Eisert, Barbier u. Friseur. A. Pritzsche, Fleisch- u. Wurst. Gust. Fullkrug Fleisch- und Wurstwaren. H. Griedbach Brot, Weiß- u. Feinbäckerei.
Konzerthaus Stadtwald-Schlösschen Postplatz. Staubfreier Garten.	Optiker Ed. Wiegand Wallstr. 8. Telefon 10108 In Optik steht das Neueste. 6. Rosenmüller Baustrasse 18-20 moderne Augengläser jed. Art Hoffmann, Amalienstr. 14.	Putz- und Modewaren G. Königlich Preis. Ritterstr. 12 gebr. H. v. ungarb.	Wasch- u. Plätt-Anstalten Glitzner's Waschanstalt und Bettfedern-Dampf-Reinigung Schandauerstr. 49. Telefon 2074. Posten in allen Stadtteilen.	Wäsche Heinrich Otto Annenstr. 32. Haarschmuck, Haarunterlagen Zahnärztin und Kämme. Georg Bauer Preißbergerstr. 26 Blaub		

Donnerstag den 6. Februar 1913

Ein vierzigjähriger Katarrh geheilt.

Ich litt vierzig Jahre an einem herztäglichen Husten- und Rümpfkatarrh, gebrauchte englische Inhalationsgläser, die mir nichts halfen, und eine Reihe Apparate, die ebensoviel bewirzten und mit einem Wagen- und Darmkatarrh zusogen. Vor kurzem ließ ich mir einen Tancréischen Inhalator kommen, und bald war mein altes Leid vollständig geheilt. Auch das Asthma, das ich mit Hilfe des enthaltenen Hustens ausgezogen hatte, ist fast vollständig verschwunden. Ich bin deshalb ganz begeistert von dem Tancréischen Inhalator und kann ähnlich Leidenden nur den Rat geben, sich sobald als möglich den vorzüglichen Tancréischen Inhalator anzuschaffen. Ich habe diese Anerkennung freiwillig ohne Aufforderung ausgesetzt und mit meinem Namen unterzeichnet.

Nachricht. Ich habe obige Anerkennung am 22. Februar 1910 geschrieben und mich seitdem durch beständige Anwendung der Tancréischen Einatmungen auch von meinem dösen Asthma befreit.

Berlatt, 14. Sept. 1912. H. B. Schleier, Real Schulvorstand.

Es liegen über 6000 ähnlicher Anerkennungen vor, darunter sind 5418 durch einen Verein, Büchereivorstand und politisch beauftragt. Tancré's Inhalator, der bereits von vielen Ärzten wegen

seiner überlassenden Wirkungen bei Katarrhen der Luftwege in Gebrauch genommen wurde, darf nicht mit Inhalatoren älterer Konstruktion verwechselt werden. Sein Hauptvorteil besteht in einer viel größeren Dosenwirkung.

Nicht nur bei Rümpf- und Lungenkatarrh leistet Tancré's Inhalator so schädige Dienste, wie aus dem obigen Zeugnis des Herren Büchler (Bauherr) hervorgeht, sondern auch alle anderen akuten und chronischen Katarrhe, wie Nasenkatarrh, Stocherschuppen, Schleimkatarrh, Mittelohrentzündung usw., werden durch den kleinen Apparat sehr günstig beeinflusst, was aus dem nachfolgenden Anfangsschreiben des Herrn Professors Dr. Neuhart, Oberlehrer am Königl. Lehrerseminar, Auerbach im Vogtland, hervorgeht.

Dieser Herr schreibt folgendes:

Daß ich heute das achte Exemplar Ihres Inhalators bestelle, dürfte für die Brauchbarkeit desselben wohl das beste Zeugnis sein. Indessen muß ich auf Grund der gemachten Erfahrungen noch besonders hervorheben, wie die Anwendung Ihres Apparates nicht nur barthaftigen Husten, Stocherschuppen und chronischen Katarrhe der sonstigen Luftwege (Nasenhöhle, Riechloch, Rümpfe, Bronchien) befreit hat, sondern daß in einem Zolle sogar eine Mittelohrentzündung mit verbundener Schwerhörigkeit und in einem anderen Zolle eine Hirnhöhlenentzündung zu welchen beginnen. Auch empfiehlt sich die Anwendung Ihres Apparates zur Pflege und Heilung der Sprech- und Wertzeuge für Lehrer, Pädagogen, überhaupt für Mediziner und Sänger.

Ich danke Ihnen deshalb zugleich für Verteilung meiner Auftraggeber herzlich für Ihre Gefügung.

Der billige Preis ermöglicht jedem Leidenden die Anschaffung. Man gibt schließlich während eines längeren Zeit dauernden Katarrhs auch für andere, noch dazu unwirksame Mittel viel Geld aus, und weil mehr büßt man durch ein solches Leiden an Verdienst ein, selbst wenn man dabei seinem Berufe noch nachgehen kann. Die Gefahr, sich durch einen veralteten Katarrh ein dauerndes Brust- oder Halsleiden zuzuziehen, läßt sich überhaupt nicht in Geld ab schätzen.

Hier erhält man dagegen für eine geringe Summe, 8,85 M., gegen Nachnahme, einen wissenschaftlich erprobten, viele Jahre in der Familie anwendbaren Apparat, den jeder Arzt, der ihm steht, als das vollkommenste anerkennt wird, was es auf dem Gebiete der Katarrhbehandlung gibt, und gerade jetzt im Winter, wo man sich, wenn man ihn noch nicht hat, täglich einen Katarrh holen kann, sollte jeder, der zu solchen Erkrankungen neigt, unbedingt sofort kostengünstige Ausklärung verlangen.

An minderbemittelte, vertrauenswürdige Personen wird der Apparat auch gegen bequeme Katzenzahlung ohne Preisaufschlag abgegeben. Nähere Auskunft über Tancré's Inhalator wird von der Firma Karl A. Tancré, Biesbaden 81 D, gerne kostenlos und ohne Aufwand ertheilt. Verlangen Sie noch heute gratis beschreibende Broschüre.

Schluss

unseres

Inventur-Ausverkaufs

Sonnabend abend

Die Preise sind teilweise nochmals ermäßigt.

Ausverkauf

Zurberein Grif auf, Cunnersdorf

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)

Sonntag den 9. Februar 1913

im Restaurant "Prinzenhöhe", Cunnersdorf

Großes Strandfest

verbunden mit verschiedenen Reigen-Aufführungen.

Eintritt 10 Pf. (Parole: Strandfeiern.) Anfang 5 Uhr.

Es laden hierzu alle Männer und Freunde des Vereins

freundlich ein.

Der Turnrat.

Naturheilverein im Pl. Grunde

(Mitglied des Verbundes der Ver-

eine für Volksgesundheit.)

Dienstag den 11. Februar

abends 8½ Uhr

im Gasthof zum Eich. Wolf

Vortrag

des Herrn Heilpraktikers Vogel-

sang, Lauchau, über:

Die Masse, ihre Wirkung

und Anwendung bei den ver-

schiedenen Krankheiten.

Für Gäste 25 Pf. Eintritt.

Der für den 22. Februar

angelegte Familienabend fällt aus.

Rest-Geschäft

wird anständigen Leuten unter

günstig. Bedingungen eingerichtet.

Zahlung erforderlich. Padem nicht

notwendig. Offerten u. d. E. 8188

an Rudolf Messa, Dresden.

Arbeiter-Radl. - Bund Solidarität

Sig Offenbach a. M. Mitgliederanzahl 155000

Gruppe Kötzschenbroda, Abteilung I.

Sonnabend den 8. Februar, im Heiteren Blick, Lieberlößnitz

Fastnachts-Vergnügen

Anfang 7 Uhr - Ende 2 Uhr

Zu zahlreicher Beteiligung lädt ein

Die Abteilung.

Gasthof Briesnitz.

Sonnabend den 8. Februar, abends 8 Uhr

Aufstellen von Junghähnel

berühmten humorist. Sängern

mit vollständig neuem Schlager-Programm.

Nach dem Konzert Ball. - Vorberlauf Gasthof Briesnitz.

Hierzu laden freundlich ein

Oskar Junghähnel. S. Dicke.

Gardinenreste!

weich und cremé, abgebaute

Gardinen, Stores und Vi-

tragen spottbillig, angeleimt.

Gardinen zur Güte des

Wertes. Ecke Straße 10, I.

Herrschaffl. gebr. Herrnkleider u.

vollig gebaut, Drebbasse 8, I.

gebr. Gebler, Drebbasse 8, I.

Residenz-Kaufhaus

G.m.b.H.

Weisse Woche

Gardinen

Ca. 10000 Meter Tüll-Gardinen

Relieftüll-Gardinen . . . Meter 92, 68, 45 Pt.
Kreuztüll-Gardinen Meter 1.45, 1.05, 85 Pt.
Künstler-Tülle . . . Meter 1.75, 1.25, 85 Pt.

Ca. 400 Fenster Tüll-Gardinen

1 Fenster = 2 Flügel
Relieftüll-Gardinen, Fstr. 6.75, 5.50, 3.90
Kreuztüll-Gardinen, Fstr. 9.75, 7.50, 5.90
Erbstüll-Gardinen, Fstr. 29.50, 24.50, 19.50

Ca. 600 Fenster Tüll-Garnituren

1 Fenster = 2 Flügel und 1 Querbehang
Relieftüll-Garnituren 7.75, 6.50, 4.50
Kreuztüll-Garnituren, 12.50, 10.75, 8.50
Allover-Net-Garnitur. 17.50, 12.50, 10.75
Erbstüll-Garnituren, 21.50, 16.50, 12.50

Stores

Ca. 500 Stück Halb- u. Lang-Stores

Relieftüll-Stores Stück 5.25, 3.75, 2.50
Kreuztüll-Stores Stück 6.75, 5.50, 4.25
Allover-Net-Stores st. 14.50, 12.50, 8.50
Erbstüll-Stores Stück 8.50, 6.25, 4.90
Erbstüll-Halbstores st. 11.50, 6.50, 3.25

Ca. 1200 Meter Gardinen-Mull

125 cm breit — Tupfen u. moderne Künstler-Effekte
Serie I II III
Meter 78 Pt. 95 Pt. 1.40

Ein Posten weisse Heidschnuckenfelle

Posten	I	II	III
	Stück 5.90	6.75	8.25

Rouleau-Stoffe

Ca. 2000 Meter Damast-Vitr.-Stoffe

weiss, elfenbein, creme, gold, reseda
80 cm breit . . . Meter 85, 70, 58 Pt.
130 cm breit . . . Meter 1.45, 1.25, 1.05

Ca. 300 Fenster Köper-Viträgen

1 Fenster = 2 Flügel — weiss, elfenbein, creme
Serie I II III IV
Fenster 1.45 2.25 3.50 4.75

Ca. 1800 Meter Tüll- u. Köper-Borden

Köper mit Spachtelarbeit Meter 82, 65, 48 Pt.
Relief- und Erbstüll
mit Volant Meter 85, 68, 45 Pt.
Erbstüll mit Allover-Net Meter 1.25, 95, 68 Pt.

Ca. 200 Tüll-Bettdecken

Relief-Erbstüll und Allover-Net
1-bettig 5.50, 3.75, 1.95 | 2-bettig 10.50, 12.50, 7.75

Schweizer Stickerei-Stoffe

Weisse Batiststoffe, gestreift, karriert und
Tupfenmuster, Meter 90, 75, 45 Pt.
Weisse Seidenbatiste, ca. 120 cm breit,
Meter 1.20, 75, 58 Pt.
Weisse Voilestoffe, glatt und gestreift, waschbar, 110 cm breit
Meter 1.60, 1.30, 1.10

Schweizer Stickerei-Stoffe

Weisse Schweizer Stickereistoffe, 120 cm breit, Meter von 6.75 bis 1.25

Weisse Schweizer Stickereivolants, 120 cm breit . . . Meter 1.75

Weisse Schweizer Stickereiroben In Voller u. Batist, abgepasst, 120 cm breit
Meter 17.50 bis 2.50

Konfektionierte Weisswaren

Ca. 5000 Stck. Jabots langpaliert, in den verschiedensten Ausführungen,
Spitzen und Einsätze, oder auch mit Saumschleifen.

Stück 1.50, 1.25, 95, 85, 75, 65, 55, 38 Pt.

Bäffchen aus Tüll oder Batist, mit Spitzen und Einsätzen garniert, schöne
Verarbeitung Stück 1.25, 95, 75, 65, 55, 45, 35, 25 Pt.

Stickereikragen für Damen
in schönen, modernen Farben
Stück 95, 75, 65, 48 Pt.

Spachtel- od. Macramékragen
Für Damen, nur die neuesten
Farben, Stück 95, 75, 65, 55, 38 Pt.

Garnituren aus weißem Mull mit farbigen Tupfen und plissiertem Rand, be-
steht aus Kragen und Manschetten 95 Pt.

Colarettes grosse Posten aus Batist mit Stickerei Stück 10 Pt.

Robespierre-Kragen, aus gepunktetem Batist, schön ausgeführt Stück 65 Pt.

Schalz aus Seiden-Crystalline, in weiß und allen anderen Farben und mit
breitem Hohlesum 1.10

Derselbe mit gesäumter Kante 1.95

Pariser u. Wiener Ballschalen, former elegante Wiener konfektionierte
Weisswaren, wie: Haarbächen, Jabots, Passen usw. Ferner echte
Malteser und Irische Artikel.

Auf oben angeführte Artikel gewähren während der "Weissen
Woche" auf die regulären Preise einen Rabatt von 20 %.

Hauchinen-Klöppel-Spitzen und Einsätze
aus prima Beinleinen Meter 45, 38, 28, 18, 15 Pt.

Blusen, gez.
Batistleinen 3.80

Stickereien und Spitzen

Madapolam-Stickereien Festons, ca. 4 1/2 Meter Stück 85 Pt.

Madapolam-Doppelstof-Stickereien, Stück ca. 4 1/2 Meter Stück 55 Pt.

mit und ohne Loch Stück 55 und 38 Pt.

do. breitere Muster Stück 1.10 und 85 Pt.

Madapolam-Stickereien, An- und Einsätze, für Leib- und Bettwäsche beson-
ders geeignet, Stück ca. 4 1/2 Meter Stück 1.25, 95, 55 Pt.

extra breite Deassins Stück 2.85, 2.25, 1.75, 1.50

Cambrik-Stickereien, Stück ca. 4 1/2 Meter ca. 10 cm breit 6-8 cm breit

Stück 1.25 Stück 95 Pt.

Mullstickereien, nur in ausgesuchte
Deassins, für Blöcke besonders geognutzt Stück 1.25

70 cm breit Meter 1.95
45 cm breit Meter 95 Pt.

Swissian-Stickereien auf
Batist, Stück 4.10, Mtr. 1.50,
auf Mull, Stück 4.10, 1.50, 95 Pt.

Stoffe, 45 cm br., Mtr. 95 Pt.

Valencienne- u. Trochenspitzen
und Einsätze, Meter 25, 15, 9, 5 Pt.

Blattstickereien, Madapolam, extra breit Stück ca. 4 1/2 Meter 5.50

Bettgarnturen, breite An- und Einsätze Stück ca. 4 1/2 Meter 4.25

Hockstickereien, Coupon 2 1/2 Meter, prima Ware, auf Handmaschine gestickt 95 Pt.

Rockfestons, breit Meter 1.25, 65 u. 55 Pt.

Spachtel- u. Tüllspitzenstoffe ca. 45 cm breit Meter 1.25, 95 Pt.

Vateneleinenstoffe, ca. 45 cm br., Mtr. 65 Pt.

Echte französische Spitzen und Einsätze, nur feiner Genus, former rechte
Schweizer Spachtelstickereien und echte französische Spitzen und Einsätze.

Auf diese Artikel gewähren während der "Weissen
Woche" auf die regulären Preise einen Rabatt von 20 %.

Handgehäpp. Leinenplizzen, erzgebirg. Handarbeit, Mtr. 2.50 b. 80, 65, 50, 30 Pt.

— Zicken und Motive in verschiedenen Preislagen.

Hand-Arbeiten

Tändelschürzen, gez.
weiss Batist mit Spitzen 1.40

Genre „Goldregen“
vorgezeichnet auf weiss Leinen

Kissenplatten mit Rückentstall 75 Pt.

Milleux, ca. 60/80 cm 20 Pt.

Läufer, ca. 35/120 cm 90 Pt.

Tischdecken, ca. 150/180 cm 4.20

Paradehandtücher mit Einsatz u.
Spitze, gez. 95 Pt.

Küchengarnituren, gez. auf Satin Augusta, weiss mit blau u. rot. Rend. 9 Artikel zusamm. 7.20

Genre „Erika“
vorgezeichnet auf weiss Leinen

Kissenplatten, ca. 45/60 cm 1.00

Milleux, ca. 60/80 cm 1.20

Läufer, ca. 35/120 cm 1.50

Tischdecken, ca. 160/180 cm 6.50

Spitzen-Artikel, Tischläufer und Decken,
rund und eckig 1.00 u. 1.90

Genre „Kornblume“
vorgezeichnet auf weiss Leinen

Kissenplatten, ca. 45/60 cm 1.10

Milleux, ca. 60/80 cm 1.25

Läufer, ca. 35/120 cm 1.50

Tischdecken, ca. 160/180 cm 7.50

Waschtischgarnituren, gez. mit
Spitzen 95 Pt.

Milleux u. Läufer, vorgez., mit Spitze und Einsatz 95 Pt.

Rechts ein weiterer Block, der die Zeile über diesen kleinen Kürzung und schwindet wieder. Es steht hier eine kleine Zeile zur Abschaffung eines Artikels, die durch einen vertikalen Strich getrennt ist. Es folgt eine weitere Zeile, die ebenfalls durch einen vertikalen Strich getrennt ist. Diese Zeile enthält den Titel "Wochen" und den Untertitel "Vorlagen".

